

Anträge

Inhaltsverzeichnis

BJ - Bildung und Jugend

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
Ini 03	Resolution: Gute Schule schafft Zukunft Landesvorstand Sachsen <i>Beschluss</i>	10
BJ 01	Starke Praxisberatung für starke Perspektiven OV Neukirchen-Würschnitztal <i>Beschluss</i>	16
BJ 02	Qualifizierungszeit, und jetzt? Jusos Sachsen <i>Beschluss</i>	17

L - LEITANTRAG

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
L	Dem Wandel eine Richtung geben: Orientierungspunkte auf dem Weg zum Leipziger Programm der SPD Landesvorstand Sachsen <i>Beschluss</i>	18

AS - Arbeit und Soziales

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
Ini 04	Gute Arbeit in der Wissenschaft: Für eine zielführende Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes Benjamin Schulz <i>Beschluss</i>	25
AS 01	Unionbusting Jusos Sachsen <i>Beschluss</i>	27
AS 02	Gute Arbeit sichern – Strukturwandel sozial gestalten KV Leipzig <i>Beschluss</i>	29
AS 03	Kein Kahlschlag mit uns – Sozialstaat gerecht reformieren, Schutzrechte verteidigen UB Chemnitz <i>Beschluss</i>	30

DGR - Demokratie, Gleichstellung und Recht

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
Ini 02	Asylverfahrensberatung retten - rechtssichere und schnelle Asylentscheidungen sichern UB Dresden <i>Beschluss</i>	34
DGR 01	Diskriminierung von Menschen mit HIV* konsequent bekämpfen – Gleichberechtigte Teilhabe in Sachsen stärken AG SPDQueer <i>Beschluss</i>	35
DGR 02	Feministische Haushaltspolitik in Sachsen: Gleichstellungsarbeit verlässlich absichern AG SPDFrauen <i>Beschluss</i>	37
DGR 03	Ohne Frauen kein Strukturwandel. Weibliche Perspektiven stärken! AG SPDFrauen <i>Beschluss</i>	38
DGR 04	Demokratie stärken – Beteiligung sichern und Vertrauen zurückgewinnen im ländlichen Raum KV Leipzig <i>Beschluss</i>	41
DGR 05	CSD-Veranstaltungen als politische Versammlungen schützen AG SPDQueer <i>Beschluss</i>	42

FSD - Finanzen, Staatsmodernisierung und Digitales

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
FSD 01	Europäische digitale Souveränität verteidigen – Abhängigkeiten von den USA beenden KV Zwickau <i>Beschluss</i>	43
FSD 02	Der Sparkurs ist politisch, auch in Sachsen! Jusos Sachsen <i>Beschluss</i>	44
FSD 03	Verwaltung neu ordnen: Für eine zentrale digitale Finanzplattform, vernetzte Leistungsverwaltung und das Once-Only-Prinzip in Deutschland KV Vogtland <i>Beschluss</i>	48
FSD 04	Die Kunst der Stimme Jusos Sachsen <i>Beschluss</i>	49

WKU - Wirtschaft, Klima und Umwelt

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
Ini 01	Die Lausitz als Energieregion der Zukunft stärken – faire Bedingungen beim Ausbau neuer steuerbarer Kraftwerkskapazitäten schaffen KV Bautzen <i>Beschluss</i>	50
WKU 01	Aufbau einer bundeseinheitlichen Infrastruktur zur Auszahlung eines Klimageldes PG Energie, Klima und Umwelt <i>Beschluss</i>	51
WKU 02	Netzzugang fair gestalten: Flexible Netzanschlüsse, Transparenz und Speicherintegration für den beschleunigten Ausbau der Photovoltaik OV Bautzen <i>Beschluss</i>	53
WKU 03	Beendigung fortwirkender Sonderrechte beim Kies- und Sandabbau und Stärkung der Eigentumsrechte KV Meißen <i>Beschluss</i>	55
WKU 04	Kurshalten bei der Energiewende - gerade jetzt, gerade in Sachsen OV Bautzen, PG Energie, Klima und Umwelt <i>Beschluss</i>	56

KVW - Kommunales, Verkehr und Wohnen

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
KVW 01	Bezahlbar wohnen – attraktive Lebensbedingungen im ländlichen Raum stärken KV Leipzig <i>Beschluss</i>	59
KVW 02	Förderung und Umsetzung der Elektrifizierung der Bahnstrecken in Ostsachsen OV Bautzen <i>Beschluss</i>	60
KVW 03	Damit Politik vor Ort funktioniert: Kommunen finanzieren, Verfahren beschleunigen, Sicherheit stärken UB Chemnitz <i>Beschluss</i>	61
KVW 04	Finanzmittel für einen Entschuldungsfonds zu Gunsten Kommunaler-und Genossenschaftlicher- Wohnungsgesellschaften OV Olbernhau <i>Beschluss</i>	64

El - Europa und Internationales

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
El 01	Europäische Investitionsoffensive für Klimaschutz und erneuerbare Energien durch gemeinsame europäische Anleihen PG Energie, Klima und Umwelt <i>Beschluss</i>	65
El 02	Europaweit faire, sichere und digitale Rahmenbedingungen für den Straßengüterfernverkehr schaffen KV Vogtland <i>Beschluss</i>	66

G - Gesundheit

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
G 01	Reform der studentischen Krankenversicherung: Bildungsweg absichern, Leistungsgerechtigkeit schaffen Jusos Sachsen <i>Beschluss</i>	69
G 02	Jugendpsychiatrische Erste-Hilfe-Stellen in jedem Landkreis Jusos Sachsen <i>Beschluss</i>	72

Antrag Ini 03: Resolution: Gute Schule schafft Zukunft

Antragsteller*in:	Landesvorstand Sachsen
Sachgebiet:	BJ - Bildung und Jugend

1

2 1. Viel erreicht, viel zu tun!

3 Sachsen ist bei Bildung Spitzenreiter in Deutschland. Wir sind stolz auf das
4 Erreichte und haben Respekt vor der Leistung. Dank der tagtäglichen Arbeit von
5 Erzieher:innen, Pädagog:innen und Lehrer:innen verfügt Sachsen über ein anerkanntes
6 und bundesweit respektiertes Bildungswesen. Sie übernehmen jeden Tag Verantwortung,
7 begleiten Kinder und Jugendliche, fördern Talente und geben Halt.

8 Als SPD haben wir unseren Beitrag in Regierungsverantwortung geleistet, um Sachsens
9 Bildungswesen gerechter und moderner zu gestalten. Nach falschen Weichenstellungen
10 Anfang der 2010er haben wir als SPD seit 2014 ein kaputt gespartes Bildungswesen
11 wieder aufgebaut und grundlegend umgesteuert:

- 12 • Statt weiter Lehrer:innenstellen abzubauen, haben wir 3.500 zusätzliche Stellen
13 geschaffen.
- 14 • Wir haben in Zeiten des Unterrichtsausfalls Unterstützung organisiert und die
15 Schulassistenten eingeführt sowie ein Schulbudget ermöglicht.
- 16 • Mit der E13 für alle – der gleichen Bezahlung für Lehrer:innen aller Schularten
17 – sowie mit der Verbeamtung von Lehrer:innen haben wir den Lehrerberuf noch
18 attraktiver gemacht und sind im Ländervergleich wettbewerbsfähig geworden.
- 19 • Wir haben die Ausbildungskapazitäten im Lehramtsstudium massiv ausgebaut, die
20 Referendariatsplätze verdoppelt und die Regionalisierung der Lehrer:innenbildung
21 vorangetrieben. Insgesamt haben wir die Rahmenbedingungen so gestaltet, dass
22 sächsische Lehramtsabsolvent:innen über dem Maße gehalten und hier im
23 Schuldienst angestellt werden.
- 24 • Die schulgesetzlich verankerte Schüler- und Lehrerbedarfsprognose ist nunmehr
25 Fundament für eine langfristige Bildungsplanung. Daran richten wir alle zwei
26 Jahre die Ressourcen und Bedarfsplanungen aus, um effektiv und transparent den
27 Personaleinsatz zu steuern.
- 28 • Die erste flächendeckende und repräsentative Lehrerarbeitszeitstudie schafft
29 Transparenz im Berufsfeld und zeigt Veränderungsbedarfe auf, um den
30 Lehrer:innenberuf attraktiv zu halten.
- 31 • Wir haben das Schulgesetz novelliert und einen modernen Bildungs- und
32 Erziehungsauftrag verankert.
- 33 • Gemeinsam mit dem Volksantragbündnis “Längeres gemeinsames Lernen in Sachsen”
34 haben wir die tradierte Schulstruktur in Sachsen aufgebrochen. Jetzt können
35 Gemeinschaftsschulen und Oberschulen+ eingerichtet werden, um über Klasse 4
36 hinaus gemeinsam zu lernen.
- 37 • Mit dem Landesprogramm “Schulsozialarbeit”, dem allgemeinen schulgesetzlichen
38 Rechtsanspruch auf Schulsozialarbeit sowie der verbindlichen Förderung an Ober-

und Gemeinschaftsschulen waren wir Vorreiter in Deutschland.

- Wir haben in den letzten zehn Jahren über 1 Milliarde Euro in den Schulhausbau investiert und stellen mit dem Sachsenfonds seit 2026 weitere 500 Millionen Euro zur Verfügung.
- Mit dem Strategieprozess "Bildungsland Sachsen 2030" wurden in Zusammenarbeit mit Expert:innen die Weichen für ein langfristig resilientes Schulsystem gestellt.

2. Lehrermangel stoppen, Unterrichtsausfall reduzieren

Die Verbesserungen der letzten Jahre sind nur der Anfang – wir sind noch lange nicht am Ziel. Es fehlen weiterhin Lehrer:innen vor den Klassen. Der Unterrichtsausfall ist derzeit an sächsischen Schulen noch allgegenwärtig. Auch in dieser Legislaturperiode setzt die SPD deshalb einen Schwerpunkt in der Schulpolitik. Wir lassen nicht zu, dass sich die Fehler der Vergangenheit wiederholen und Schulpolitik durch die Brille des Finanzministeriums gestaltet wird. Im Doppelhaushalt haben wir durchgesetzt, dass trotz knapper Finanzmittel Maßnahmen zur Unterrichtsabsicherung, die Schulsozialarbeit, Schul- und Inklusionsassistenz sowie Demokratiebildung unvermindert fortgesetzt werden.

Gerade jetzt dürfen wir nicht in alte Muster verfallen. Sinkende Kinderzahlen sind keine Einladung zum Kürzen. Lernende und Lehrende haben endlich ein Ende des Unterrichtsausfalls verdient. Um das zu erreichen, müssen Bildungsressourcen verlässlich geplant werden, müssen Grund- und Ergänzungsbereich vollständig veranschlagt und ausgereicht werden. Und genau diesen Weg gehen wir jetzt: Bis zum Jahr 2032 werden wir Schritt für Schritt bestehende Lücken schließen und das Schulsystem wieder auf ein solides Fundament stellen. Deshalb wird es auch in den kommenden Jahren trotz sinkender Schüler:innenzahlen 31.730 Stellen für pädagogisches Personal geben, davon 30.230 Stellen für Lehrer:innen.

Wir wissen, dass Schule mehr als Unterricht ist. Schulassistenzen und pädagogische Fachkräfte im Unterricht gehören mittlerweile zum Standard. Um ihnen eine verlässliche Perspektive und entfristete Arbeitsverträge zu geben, werden sie in Zukunft einen eigenen Stellenplan bekommen. So wird der Grundstein für ein dauerhaftes, multiprofessionelles Team an Schulen gelegt.

Schule ist nicht nur eine Lernumgebung für Schüler:innen, sie prägt ein Leben und bestimmt einen ganzen Lebensabschnitt. Deshalb sollen Schüler:innen ihre Lernumgebung mitgestalten können sowie Raum für individuelle Lernerfahrungen und Lebensgestaltung haben. Schule ist ein demokratischer Lernort, der für Kinder und Jugendliche gemacht wird und nicht umgekehrt. Dies erfordert jedoch pädagogische Begleitung und Zeit. Demokratie und Miteinander muss man üben, deshalb schaffen wir dafür mehr Zeit und Freiraum in Form des Klassenrates und einer fachfreien Unterrichtsstunde in der Stundentafel. Und damit die Begleitung gelingt, führen wir die Klassenleiter:innenstunde ein. So kommt systematisch mehr Ressource für die Bildung unserer Kinder ins System.

3. Wir blicken nach vorn: Sachsens Schulen zukunftsfest machen

Wir richten den Blick in die Zukunft, um Sachsens Schulen zukunftsfest zu machen. Wir wollen Bewährtes erhalten, Tradiertes hinterfragen und neue Perspektiven eröffnen, denn es gibt viel zu tun.

a) Demografie als zentrale Herausforderung

Viel zu oft ist Bildungsgerechtigkeit gerade vom Wohn- und Schulort abhängig. Noch immer ist die Anzahl der Kinder und Jugendlichen, die die Schule ohne Abschluss verlassen, zu hoch. Viele Eltern stellen sich daher die Frage, wie wir in Zukunft gute und chancengerechte Bildung in jeder Region Sachsens absichern wollen.

Die Zukunft ist jedoch vom demografischen Wandel und Bevölkerungsrückgang geprägt. Schon heute erleben wir, dass weniger Kinder geboren werden und Kindergärten schließen. Die jüngste Bevölkerungsprognose zeigt: Im Jahr 2040 werden voraussichtlich 80.000 Kinder weniger eine allgemeinbildende Schule besuchen. Während heute noch 419.000 Schüler:innen an Grundschulen, Förderschulen, Gemeinschaftsschulen, Oberschulen bzw. Gymnasien lernen, werden es im Jahr 2040 voraussichtlich 337.500 sein.

Dies wird auch Folgen für die Schulstandorte haben. Unter den jetzigen Rahmenbedingungen stehen Mitte der 2030er 115 Grundschulen, 22 Oberschulen und 12 Gymnasien auf dem Prüfstand.

Viele Eltern sorgen sich, ob die Grundschule im Dorf bleibt? Wie lang wird in Zukunft der Schulweg für ihre Kinder sein? Und wie kann sich Schule als Lern- und Bildungsort, als Ort der Gemeinschaft entwickeln und halten?

b) Die Schule der Zukunft

Für uns steht fest: Schulen sind mehr als Bildungsorte, sie sind ein Mittelpunkt für Dörfer, Gemeinden und Stadtteile. Die demografische Entwicklung ist eine Chance, Schule weiter zu denken. Diese wollen wir nutzen. Schule kann mehr: für Kinder und Eltern, für Pädagog:innen und für die Gemeinschaft vor Ort.

Gute Bildung beginnt von Anfang an, nicht erst mit dem ersten Schultag. Deshalb stärken wir die frühkindliche Bildung schrittweise weiter und verbessern die Zusammenarbeit von Kita und Grundschule. Die Schuleingangsphase beginnt bereits im letzten Kita-Jahr mit verbindlicher Kooperation und gezielter Frühförderung. Erfolgreiche Bildungsbiografien entstehen dort, wo Kinder früh unterstützt und begleitet werden. Bildung verstehen wir dabei ganzheitlich und sozialraumorientiert – gemeinsam mit Familien, Vereinen und außerschulischen Lernorten.

Deshalb gehören Kindergärten und Schulen in den Ort. Sie sind Herzstücke unserer Gemeinden, Orte des Zusammenhalts und der Zukunft. Schulen sind ein Sozialraum im Sozialraum. Sie generieren Gemeinschaft und erzeugen Austausch und Diskussion. Der reine Bildungs- und Erziehungsauftrag wird ihnen nicht gerecht. Kooperationen mit anderen Bildungseinrichtungen sind nur ein Teil der Vernetzungsarbeit, die Schulen leisten. Die Weiterentwicklung zu einem dritten Ort ist unser Ziel. Somit gilt

weiterhin, mit Priorität in Bildung zu investieren. Gute Bildung schafft Sicherheit in Zeiten des Wandels. Sie eröffnet Chancen, gibt Selbstvertrauen und ermöglicht ein selbstbestimmtes Leben.

Wir wollen Schulen, die junge Menschen auf die Welt von morgen vorbereiten. Digitalisierung, Künstliche Intelligenz und Klimawandel verändern unsere Gesellschaft tiefgreifend. Deshalb müssen auch Lernen und Unterricht neue Wege gehen. Lehrpläne sollen entschlackt werden, damit mehr Raum für projektorientiertes und fächerverbindendes Lernen, Kreativität und Selbstständigkeit entsteht. Der verantwortungsvolle Umgang mit Künstlicher Intelligenz muss zur Schlüsselkompetenz in allen Fächern werden.

c) Gute Schule braucht gute Rahmenbedingungen

Schulentwicklung braucht zuerst Verlässlichkeit in Ressourcen und Unterstützung sowie Vertrauen in die Arbeit der Schulleitungen und Lehrkräfte. Neben professioneller Begleitung bedarf es Freiräumen, Eigenverantwortung und echten Gestaltungsmöglichkeiten. Wer sich auf den Weg macht, eigenverantwortliche Schule mit Leben zu füllen, soll dafür auch belohnt werden. Deshalb wollen wir bestehende Angebote ausbauen und Schulen ermutigen, diese stärker zu nutzen. Das Landesamt für Schule und Bildung muss stärker zu einem partnerschaftlichen Begleiter von Schulentwicklungsprozessen werden. Schulen müssen weiter befähigt werden, ihren eigenen Weg entlang der Bedürfnisse der Schüler:innen und ihrer Eltern sowie den Anforderungen und Gegebenheiten des Sozialraumes auszugestalten.

Wenn in Zukunft in Schule anders gelernt und gelehrt wird sowie ein Lebens- und Lernraum entsteht, der von Vielfalt und Chancengleichheit geprägt ist, dann müssen Lehrer:innen auch anders qualifiziert sein und die Lehrkräftebildung sich ändern. Wir wollen eine moderne, kompetenzorientierte und professionsbezogene Lehrkräftebildung in allen drei Phasen, die auch mehr Gelegenheiten zum fachlichen Austausch mit Kolleg:innen und Expert:innen gibt. Die Modellstudiengänge des Stufenlehramts oder der Primarstufe plus zeichnen den Weg vor: Perspektivisch sollen Lehramtsstudierende schulartübergreifend und stärker fächerverbindend ausgebildet werden. So begegnen wir auch den Herausforderungen des demografischen Wandels, da Lehrkräfte in Zukunft flexibler eingesetzt werden können. Nach Jahren der Modellprojekte gilt es jetzt in die Verstetigung zu kommen. Die Grundstrukturen der Lehrkräftebildung gehören deshalb gesetzlich abgesichert. Es ist Zeit für ein Lehrkräftebildungsgesetz.

Gute Bildung entsteht dort, wo Menschen gemeinsam Verantwortung übernehmen. Viele Schulen in Sachsen zeigen bereits heute, wie innovative Schulentwicklung gelingt – etwa durch jahrgangsübergreifenden Unterricht, fächerverbindende Projekte oder neue Formen gemeinsamen Lernens.

Auch und besonders für Schülerinnen und Schüler mit Behinderung muss dieses gemeinsame Lernen möglich sein. Wir bekennen uns deshalb klar zu Teilhabe und Inklusion im Regelschulsystem. Wer Schulen als Sozialraum denkt, muss gerade den Kindern wortortnahen Zugang garantieren, die auf ein stabiles soziales Netzwerk besonders angewiesen sind.

Denn wir sind überzeugt: Gute Bildungspolitik schafft nicht nur Wissen. Sie schafft Gerechtigkeit, Zusammenhalt und Zukunft. Schule kann mehr – und wir wollen, dass sich

164 dieses Versprechen für alle Menschen in Sachsen einlöst.

165 **4. Sachsen braucht eine Schulgesetznovelle**

166 Wir wissen, was Schule für die Gemeinschaft vor Ort leistet. Deshalb wollen wir das
167 bestehende Schulnetz zukunftssicher machen und die Schule vor Ort erhalten. Wir
168 wollen im Schulterschluss von Landkreisen, kreisfreien Städten und Gemeinden sowie
169 mit Trägern von freien Schulen gemeinsam gestalten und ein Schulschließungsmoratorium
170 vereinbaren. Dafür wollen wir unseren Beitrag leisten und die gesetzlichen
171 Rahmenbedingungen ändern. Deshalb spricht sich die SPD Sachsen für eine zeitnahe
172 Schulgesetznovelle aus.

173 **Für die SPD Sachsen sind unter anderem folgende Aspekte bei einer zeitnahen** 174 **Schulgesetznovelle zentral:**

- 175 • Wir wollen mehr längeres gemeinsames Lernen in Stadt und Land ermöglichen. In
176 der Koalition ist vereinbart, dreizügigen Oberschule+ auch in Mittelzentren
177 zuzulassen. Darüber hinaus wollen wir die Gründung von Gemeinschaftsschulen
178 vereinfachen, statt einer starren Vierzügigkeit wollen wir eine
179 Mindestschüler:innenzahl als Orientierungsgröße einführen. Mit mehr
180 Gemeinschaftsschulen und Oberschulen+ in der Fläche stabilisieren wir das
181 Schulnetz und sichern eine wohnortnahe Schule, die zu verschiedenen
182 Schulabschlüssen führt, ab. Damit erleichtern wir nicht zuletzt Schülerinnen und
183 Schülern mit eingeschränkter Mobilität, für deren Familien weite Fahrtstrecken
184 eine besondere Belastung darstellen, den Zugang zu allen Bildungsabschlüssen.
- 185 • Jahrgangsübergreifender Unterricht hat einen pädagogischen Mehrwert und gibt
186 einen Impuls für Schulentwicklung sowie neue Lern- und Lehrformate. Er soll
187 daher verstärkt und regulär zulässig sein. Das jahrgangsübergreifende
188 Unterrichten in Klasse 1/2 und 3/4 ist bereits eine gut erprobte Option, um
189 kleine Grundschulen im ländlichen Raum zu erhalten. Wir wollen mehr
190 jahrgangsübergreifenden Unterricht ermöglichen und weitere Optionen zulassen,
191 bspw. für Klasse 1 bis 4 sowie in Klasse 5/6 oder in neuen Organisationsformen
192 für die gymnasiale Oberstufe.
- 193 • Wenn die Schule im Dorf bleiben soll, müssen wir bereit sein, kleinere Schulen
194 zu finanzieren. Dreh- und Angelpunkt sind die Mindestanzahl an Schüler:innen je
195 Klasse und die Mindestzügigkeit. Wir wollen die bestehenden Ausnahmetatbestände
196 auf den Prüfstand stellen und Mindestgrößen sowie Ausnahmen bei der
197 Klassenbildung anpassen, um zum Erhalt der Schulstandorte beizutragen.
- 198 • Zu Bildung in einer digitalen Welt gehört auch digital-gestütztes Lernen. Dies
199 und datengestütztes Lernen zu ermöglichen, Medienbildung verbindlicher zu
200 verankern, Standards zur Nutzung von digitalen Endgeräten zu etablieren und alle
201 Prozesse datenschutzkonform auszugestalten, ist unser Ziel.
- 202 • Mit dem Strategiepapier "Bildungsland Sachsen 2030" wurden Vorschläge
203 unterbreitet, wie neue Formen der Bewertung und Rückmeldung an Stelle oder in
204 Ergänzung von Noten auf sächsischen Zeugnissen Einzug halten können. Dies wollen
205 wir auf Basis der Expert:innenempfehlungen auch schulrechtlich absichern.
- 206 • Wenn Schule Lebens- und Lernraum ist, dann gilt es verstärkt auf den Biorhythmus

207 von Kindern und Jugendlichen zu achten. Das Motto "Vormittags ist Unterricht,
208 nachmittags sind Hausaufgaben und Freizeit" wollen wir überwinden und
209 Unterricht, Selbstlernen, Freizeit und Pausen in Einklang bringen. Hierfür gilt
210 es, den rhythmisierten Ganztag zu stärken.

211 • Wenn in Schulen mit einem multiprofessionellen Team gearbeitet wird, wenn kleine
212 Schulen in der Region kooperieren oder wenn Gemeinschaftsschulen entstehen,
213 braucht es neue Formen kooperativer Schulleitung. Wir wollen deshalb
214 Teamleitungen erproben.

215 Sachsens Schulen sind dann zukunftssicher aufgestellt, wenn ihr Standort nicht in
216 Frage steht, wenn sich Schulentwicklung als dauerhafter Prozess etabliert und wenn
217 Bildung zu mehr Teilhabe und Chancengerechtigkeit führt. Damit dies nicht nur
218 Zukunftsmusik bleibt, müssen wir jetzt mit einer Schulgesetznovelle die Chance
219 ergreifen, um unsere Schulen zukunftssicher aufzustellen. Wir brauchen nicht nur
220 jede:n Lehrer:in und jede Schule. Wir wollen vor allem, dass jedes Kind in diesem
221 Land die besten Zukunftschancen erhält. Dafür gilt es jetzt die Rahmenbedingungen zu
222 schaffen, denn Schule kann mehr – und wir wollen, dass sich dieses Versprechen für
223 alle Menschen in Sachsen einlöst.

Antrag BJ 01: Starke Praxisberatung für starke Perspektiven

Antragsteller*in:	OV Neukirchen-Würschnitztal
Sachgebiet:	BJ - Bildung und Jugend

- 1 Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen, den Antrag zur
2 parlamentarischen Umsetzung an die SPD-Landtagsfraktion Sachsen weiterzuleiten, mit
3 dem Ziel, die Praxisberatung an sächsischen Oberschulen zu stärken und fest im
4 Schulsystem zu integrieren.
- 5 In Zeiten wirtschaftlicher Krisen und der damit einhergehenden Kürzungen von
6 Arbeitsplätzen ist eine starke Praxisberatung an Oberschulen umso wichtiger. Damit
7 die Jugendlichen starke Perspektiven mit den Praxisberaterinnen und Praxisberatern
8 entwickeln können, sind folgende Maßnahmen umzusetzen:
- 9 **1. Durchgängige Zuständigkeit sicherstellen**
- 10 Praxisberaterinnen und Praxisberater sind für Schülerinnen und Schüler der
11 Klassenstufen 7 bis 10 zuständig. Eine Aufteilung der Zuständigkeiten, insbesondere
12 ein Übergang an die Berufsberater und Berufsberaterinnen der Bundesagentur für Arbeit
13 ab Klassenstufe 9, ist zu beenden.
- 14 **2. Klare Zuständigkeitsregelung schaffen**
- 15 Die Zuständigkeit der Praxisberatung ist eindeutig zu definieren. Eingriffe externer
16 Institutionen in Aufgabenbereiche, Zuständigkeiten und Finanzierung der
17 Praxisberatung sind zu begrenzen, um eine kontinuierliche und unabhängige Arbeit
18 sicherzustellen.
- 19 **3. Evaluation praxisnah gestalten**
- 20 Die Bewertung der Arbeit der Praxisberaterinnen und Praxisberater erfolgt im
21 Austausch mit Schulleitung und Kollegium. Ergänzende Rückmeldungen von Schülerinnen
22 und Schülern können einbezogen werden, sollen jedoch nicht alleinige Grundlage der
23 Bewertung sein.
- 24 **4. Strukturelle Einbindung in den Schulalltag stärken**
- 25 Praxisberaterinnen und Praxisberater sind fest in die schulischen Abläufe zu
26 integrieren. Ihnen sind Möglichkeiten einzuräumen, eigenständig mit Schülerinnen und
27 Schülern zu arbeiten, beispielsweise im Rahmen berufsorientierender
28 Unterrichtsformate.
- 29 **5. Finanzierung und Personalausstattung sichern**
- 30 Ein erforderlicher Aufwuchs an Personal ist vollständig zu finanzieren. Die
31 Praxisberatung ist dauerhaft finanziell und strukturell abzusichern.

Antrag BJ 02: Qualifizierungszeit, und jetzt?

Antragsteller*in:	Jusos Sachsen
Sachgebiet:	BJ - Bildung und Jugend

- 1 Wieder einmal war Sachsen Schlusslicht, neben Bayern. Gemeinsam mit
2 Gewerkschaften, den Feuerwehren, den Sportverbänden und unzählig vielen anderen
3 engagierten Menschen haben wir über 55.000 Unterschriften gesammelt. Für das
4 Bündnis "Bildungszeit für Sachsen" war klar: Sachsen benötigt 5 Tage
5 Bildungszeit.
- 6 Nachdem die Unterschriften dem Landtag übergeben wurden, war klar, jetzt liegt
7 es an der SPD, diesen Volksantrag auch umzusetzen.
- 8 Es war die SPD, die mit großen Anstrengungen einen Kompromiss mit dem
9 Koalitionspartner verhandelt hat und dabei für die Partnerinnen im Bündnis
10 gekämpft hat - und das mit starken Widerständen. Die Arbeitgeberverbände
11 Sachsens haben bis zum letzten Moment tausende Euro ausgegeben, um die CDU unter
12 Druck zu setzen. Schlussendlich konnte sich die SPD aber durchsetzen und
13 Sachsens Arbeitnehmer:innen endlich eine Chance auf Bildungszeit geben.
- 14 Sind drei Tage ausreichend? Nein.
15 Haben wir uns mehr gewünscht? Ja.
16 Nichts desto trotz ist die Einführung eines neuen Arbeitnehmer:innenrechts ein
17 klarer Erfolg.
- 18 Die SPD Sachsen erkennt den Erfolg rund um die Qualifizierungszeit an und
19 fordern die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag auf, sich weiterhin für folgende
20 Verbesserungen einzusetzen:
- 21 • die fünf Tage Bildungszeit bleiben weiterhin Ziel aller Bemühungen
22 • die Möglichkeit zur "Sammlung" der Qualifizierungszeit über zwei Jahre
23 hinweg
24 • die Antragsfristen von 12 Wochen zu verkürzen
25 • die Qualifizierungszeit auch für Auszubildende zu öffnen
- 26 Darüber hinaus fordern wir:
- 27 • mit Öffentlichkeitsarbeit auf die Möglichkeit der Qualifizierungszeit
28 hinzuweisen.
29 • weiterhin innerhalb des Bündnisses für eine Verbesserung der
30 Qualifizierungszeit zu kämpfen.

Antrag L: Dem Wandel eine Richtung geben: Orientierungspunkte auf dem Weg zum Leipziger Programm der SPD

Antragsteller*in:	Landesvorstand Sachsen
Sachgebiet:	L - LEITANTRAG

1 Die SPD gibt sich 2027 ein neues Grundsatzprogramm: das Leipziger Programm. Zwanzig
2 Jahre nach dem Hamburger Programm wird dieses die Lehren aus dem ersten Viertel des
3 21. Jahrhunderts ziehen. Dieses Jahrhundert ist eines des vereinigten Deutschlands -
4 deswegen muss auch das Leipziger Programm ein Programm für das ganze Land sein.

5 Die Perspektiven aus dem Osten Deutschlands sind ein zentraler Baustein der Identität
6 der deutschen Sozialdemokratie. Es ist an uns, sie zu formulieren. Deswegen hat die
7 SPD Sachsen einen Prozess gestartet, der Erfahrungen, Potentiale und Warnungen aus
8 Ostdeutschland für die Formulierung des Grundsatzprogramms sammelt, reflektiert und
9 aufbereitet. Viele Mitglieder der SPD Sachsen haben sich aktiv an diesem Prozess
10 beteiligt: Ob beim Debattencamp in Leipzig, bei den Grundsatzprogramm-Workshops in
11 Dresden und Zwickau, oder durch zahlreiche Ideen im Rahmen des schriftlichen
12 Ideenaufrufs ("call for papers").

13 Dieser Antrag ist ein erster Versuch sächsische Antworten auf den
14 Grundsatzprogrammprozess zu formulieren: allgemeine ebenso wie regionalspezifische.
15 Er markiert einen Zwischenschritt auf dem Weg zum Leipziger Programm.

16 1. Die Welt, in der wir leben

17 Die Welt hat sich in den letzten Jahrzehnten für viele Menschen verbessert.
18 Milliarden Menschen sind aus der Armut emporgestiegen, leben länger und genießen mehr
19 Bildung und Freiheit. Aus Entwicklungsländern wurden Schwellenländer, aus
20 Schwellenländern Industrieländer. Dieser Fortschritt verändert auch die globale
21 Arbeitsteilung. Neue Volkswirtschaften drängen in industrielle und technologische
22 Bereiche, die lange unsere Domäne waren – und treten in direkte Konkurrenz zu uns.
23 Alte Bündnisse stehen unter Druck und neue Interessengemeinschaften entstehen. In
24 dieser multipolaren Welt müssen auch wir uns neu orientieren.

25 Gleichzeitig erleben wir einen Bruch in unserer Weltordnung. Die regelbasierten
26 Institutionen des letzten Jahrhunderts sind geschwächt. Großmachtpolitik und Gewalt
27 kehren zurück. In Europa tobt der schwerste Krieg seit Ende des Zweiten Weltkriegs.
28 Im Nahen und Mittleren Osten reiht sich ein militärischer Konflikt an den nächsten.
29 Die Anzahl von Menschen weltweit auf der Flucht ist zuletzt jährlich weiter
30 angestiegen – der Großteil von ihnen flüchtet innerhalb des eigenen oder in das
31 Nachbarland. Wirtschaftliche Beziehungen werden geopolitisch überformt,
32 Abhängigkeiten bewusst eingesetzt. Diese Veränderungen spüren wir jeden Tag.
33 Amerikanische Zölle, subventionierte Produkte aus China und Krisen um fossile
34 Rohstoffe beeinflussen unsere wirtschaftliche Entwicklung.

35 Hinzu kommt eine neue Allianz: Tech-Oligarchie trifft Autoritarismus. Plattformen, KI
36 und digitale Öffentlichkeiten unterstehen der Kontrolle weniger Einzelpersonen und
37 verändern unsere Gesellschaften tiefgreifend. Gleichzeitig erstarken antiliberalen,
38 nationalistischen Kräfte. Teile der Tech-Eliten entziehen sich nicht nur
39 demokratischer Kontrolle, sondern lehnen die Regeln der liberalen Demokratie

rundheraus ab. Sie befördern ein „Winner-takes-it-all“-Modell, steigern ihren Reichtum ins Unermessliche und gefährden ohne soziale oder politische Begrenzung unsere Gesellschaft.

Die demokratische Souveränität steht unter Druck. Künstliche Intelligenz greift zunehmend in Prozesse ein, die bislang politischer und gesellschaftlicher Entscheidung vorbehalten waren – und stellt damit das Primat der Politik infrage. Wenn Maschinen immer mehr Entscheidungen vorbereiten oder sogar treffen, droht die kollektive Handlungsfähigkeit der Gesellschaft zu erodieren. Gleichzeitig konzentriert sich die Macht über zentrale Algorithmen in den Händen weniger Unternehmer. Sie nehmen Einfluss auf die Meinungsbildung und verzerren die öffentliche Wahrnehmung. Diese Entwicklung verändert die Art und Weise wie wir kommunizieren und Entscheidungen treffen. Privat sowie politisch.

All diese Entwicklungen haben sich in den letzten Jahren spürbar verschärft – und dabei ist die Dringlichkeit von Klimakrise und Artensterben zunehmend aus dem politischen Fokus geraten. Dabei bleibt die Lage eindeutig: Der Planet stößt an seine Belastungsgrenzen. Naturkatastrophen, Hitzewellen und Dürren sind längst keine abstrakten Szenarien mehr, sondern reale Folgen des Klimawandels. Die ökologische Krise gehört weiterhin zu den zentralen politischen Herausforderungen unserer Zeit. Gleichzeitig wächst der Widerstand gegen verbindliche Maßnahmen zum Klima- und Artenschutz – genau in dem Moment, in dem entschlossenes Handeln nötiger wäre denn je.

2. Fragen unserer Zeit

Gesellschaftliche Verhältnisse sind menschengemacht und lassen sich verändern. Zu dieser Überzeugung hat uns Sozialdemokrat:innen nicht nur zwei Jahrhunderte Arbeiter:innenbewegung geführt. Positive Veränderungen geschehen jedoch auch nicht von allein, sondern müssen gegen die Profiteure ungerechter Zustände erkämpft werden. Es kommt darauf an, die zentralen Konfliktlinien unserer Zeit zu erkennen und sich klar zu verorten:

Erstens: Gerechtigkeit. Wie erzeugen wir verbindliche und durchsetzbare demokratische Regeln in einer Welt von globalen Oligarchen, mächtigen Konzernen und Algorithmen? Welche Instrumente setzen wir gegen die immer größer werdende Vermögenskonzentration in Deutschland und auf der Welt ein? Wie schaffen wir in einer immer komplexeren sozialen Welt mit vielfältigen Milieus und unterschiedlichen Lebensrealitäten Maßstäbe, die als gerecht empfunden werden?

Zweitens: Frieden und Sicherheit. Wie verhindern wir Krieg? Welche Rolle spielen militärische Stärke, Bündnisse und Diplomatie? Wie erreichen wir echten Frieden in den Konfliktregionen der Welt? Und welche Verantwortung sind wir bereit zu übernehmen, um Europa robuster gegen Angriffe von innen und außen zu machen?

Vermögenskonzentration in Deutschland **in Europa** und auf der Welt ein? Wie schaffen wir in einer

komplexeren sozialen Welt mit vielfältigen Milieus und unterschiedlichen Lebensrealitäten Maßstäbe, die als gerecht empfunden werden?

Drittens: gesellschaftlicher Zusammenhalt. Wie überwinden wir Polarisierung,

Sprachlosigkeit und auseinanderdriftende Lebenswelten – die entstehen, obwohl viele Grundüberzeugungen näher beieinander liegen als oft angenommen? Wie sorgen wir dafür, dass wieder mehr Menschen sich in Vereinen und der Gemeinschaft engagieren und somit zu einer starken Gesellschaft beitragen?

Viertens: Wohlstand innerhalb planetarer Grenzen. Wie gelingt die Transformation zu einer klimaneutralen, ressourcenschonenden , **umweltfreundlichen** Wirtschaft, ohne sozialen Zusammenhalt und wirtschaftliche Stärke zu verlieren? Wie sieht die Arbeit der Zukunft aus? Welche Zukunftshoffnungen einer veränderten Wirtschaftsweise sollen wir nähren - und wie?

3. Die Rolle der Sozialdemokratie

Die Sozialdemokratie muss auf diese Fragen klare, parteiische Antworten geben – und Menschen dafür gewinnen, sie gemeinsam umzusetzen. Sie darf sich nicht darauf beschränken, den Staat am Laufen zu halten. Kompromisse organisieren, Krisen bewältigen und Institutionen stabilisieren: all das zeigt unsere Fähigkeit zum Regieren. Es ersetzt aber nicht den eigentlichen Zweck des Regierens: Gegenwart und Zukunft zu gestalten, gesellschaftliche Veränderung voranzutreiben und dem Wandel die richtige Richtung zu geben.

Die SPD ist die Partei der Arbeit. Ihr historischer Auftrag gründet im Verständnis des Menschen als tätiges, lernendes und schöpferisches Wesen. Arbeit ist die Grundlage allen gesellschaftlichen Wohlstands. Tag für Tag schaffen Millionen Beschäftigte in Industrie, Handwerk, Dienstleistung, Pflege, Bildung und Verwaltung den Reichtum unserer Gesellschaft. Gleichzeitig konzentrieren sich Vermögen, wirtschaftliche Macht und die Verfügung über die Ergebnisse dieser Arbeit in den Händen weniger. Daraus entsteht ein grundlegender Interessengegensatz zwischen denjenigen, die ihren Lebensunterhalt durch Arbeit bestreiten, und denjenigen, die maßgeblich von Vermögen und Eigentum leben. Sozialdemokratische Politik ergreift deshalb Partei für die Vielen, die den gesellschaftlichen Wohlstand schaffen. Demokratie endet nicht vor dem Werkstor. Für uns ist die Frage, wem Unternehmen, Vermögen und zentrale Infrastrukturen gehören und wer über ihre Nutzung entscheidet. Dies ist immer auch eine Frage von Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit. Der Einsatz für gute Löhne und faire Arbeitsbedingungen – für Arbeiter:innen, Angestellte und kleine Selbstständige – bleibt für uns politisch konstitutiv. Die Arbeitswelt hat sich grundlegend verändert, unser Auftrag nicht. Wir richten den Blick auf Beschäftigung in einer erneuerten industriellen Wertschöpfung ebenso wie in der Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft.

Die SPD kämpft für eine Gesellschaft, die füreinander sorgt. Kinder großzuziehen, Angehörige zu pflegen, füreinander da zu sein und Gemeinschaft zu organisieren sind unverzichtbare Voraussetzungen für das Funktionieren unserer Gesellschaft. Diese Sorgearbeit ist gesellschaftlich notwendige Arbeit. Dennoch wird sie bis heute überwiegend privat organisiert und vor allem von Frauen geleistet. Das führt zu einer ungleichen Verteilung von Zeit, Einkommen, Vermögen und gesellschaftlicher Teilhabe. Zu oft werden gesellschaftliche Aufgaben an einzelne Familien delegiert, anstatt sie als gemeinsame Verantwortung zu organisieren. Für uns ist Sorgearbeit deshalb keine private Angelegenheit, sondern eine gesellschaftliche Aufgabe. Gute Kitas, Ganztagsangebote, Pflegeeinrichtungen, soziale Dienstleistungen und eine leistungsfähige öffentliche Infrastruktur schaffen Freiheit. Sie ermöglichen

130 Selbstbestimmung, entlasten Menschen mit Sorgeverantwortung und sorgen dafür, dass
131 Verantwortung gerechter verteilt wird.

132 **Die SPD ist Freiheits- und Verfassungspartei.** Wir sehen den Menschen als
133 selbstbestimmten, mündigen Staatsbürger. Wir haben die erste deutsche Demokratie
134 erkämpft. Wir halten das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland hoch. "Wir
135 identifizieren uns mit den Werten des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland
136 und schützen ihre Symbole vor Missbrauch." Wir

137 erkämpft. Wir identifizieren uns mit dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland.
138 Wir

139 verteidigen die liberale Ordnung unserer zweiten deutschen Demokratie in einer Zeit,
140 in der sie erneut herausgefordert wird. Wir schützen den Rechtsstaat vor seinen
141 Feinden. Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn sein und Deutschlands Verantwortung
142 für die europäische Einigung und den globalen Ausgleich wahrnehmen.

143 **Die SPD schafft die Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben.** Menschen treffen
144 ihre Entscheidungen nicht losgelöst von ihrer Lebensrealität. Wer in Armut lebt,
145 keine sichere Wohnung hat, Sorgearbeit allein tragen muss oder um den eigenen
146 Arbeitsplatz fürchtet, verfügt über andere Handlungsspielräume als Menschen mit
147 Vermögen, Zeit und sozialer Absicherung. Freiheit und Demokratie erfordern deshalb
148 materielle Voraussetzungen. Sozialdemokratische Politik beschränkt sich nicht darauf,
149 individuelle Chancen zu verbessern. Sie will die gesellschaftlichen Verhältnisse
150 verändern, die Ungleichheit, Abhängigkeit und Machtlosigkeit hervorbringen. Unser
151 Ziel ist eine Gesellschaft, in der alle Menschen über die Zeit, die Sicherheit und
152 die Ressourcen verfügen, ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten.

153 **Die SPD kämpft für soziale Gerechtigkeit und stärkt und organisiert gesellschaftliche
154 Solidarität.** Sie baut soziale Rechte aus und organisiert den Ausgleich
155 unterschiedlicher Bedürfnisse und unterschiedlicher Leistungsfähigkeit. Sie schützt
156 und entwickelt den solidarischen Sozialstaat, sorgt für ein gerechtes Steuersystem,
157 verlässliche soziale Sicherungssysteme und eine angemessene Grundsicherung.

158 **Die SPD ist die Partei des Fortschritts und Massenwohlstands.** Wir kämpfen für gute
159 Arbeit und steigende Löhne in innovativen und produktiven Unternehmen. Wir befördern
160 technologischen Fortschritt und wirtschaftliche Erneuerung. Unsere Wirtschaftspolitik
161 erfüllt nicht die Wunschliste der großen Konzerne, sondern begrenzt wirtschaftliche
162 Macht, um Raum für Innovation und neuen Wohlstand zu schaffen. Wir sind auch
163 wirtschaftspolitisch Progressive – wir wollen Neues und nicht Bewahrung.

164 **Die SPD ist die Partei des planvollen ökologischen Umbaus.** Wir setzen nicht nur auf
165 Verzicht oder auf Preissignale. Wir nutzen einen starken, aktiven Staat, um die
166 Dekarbonisierung unserer Wirtschaft und die Transformation unseres Energiesystems
167 voranzutreiben. Erneuerbare Energien und Elektrifizierung verbinden ökologische
168 Notwendigkeit mit wirtschaftlicher Stärke, Bezahlbarkeit und strategischer
169 Souveränität. Das Ende des fossilen Zeitalters schafft die Bedingungen für eine
170 sozialökologische Zukunft.

171 **Die SPD ist Deutschlands Bürgerrechtspartei.** Von der demokratischen Ordnung über die
172 gesellschaftliche Liberalisierung, die Bildungsexpansion, die Gleichstellung und die
173 Friedliche Revolution bis zur doppelten Staatsbürgerschaft und der Ehe für alle:

gesellschaftlicher Fortschritt in der Bundesrepublik wurde stets durch und mit der SPD erreicht. Diesen Fortschritt gilt es zu verteidigen und gleichzeitig eine offene und vielfältige Gesellschaft voranzutreiben, in der Menschen ohne Angst verschieden sein können.

4. Was wir in Sachsen gelernt haben

In Sachsen hat die SPD diese Rollen unter anderen Umständen angenommen. Unsere Erfahrungen sind geprägt von Umbruch: Auf 40 Jahre DDR folgen 35 Jahre Transformation. Statt dynastischen Erbfolgen kennen wir Brüche und Neuanfänge. Viel ist verloren gegangen, vieles neu entstanden. Manches, was wir früher erlebt haben, beschäftigt heute das ganze Land. Besonders in vier Gebieten muss die deutsche Sozialdemokratie aus Erfahrungen in Sachsen lernen:

I. **Demokratie** ist für uns kein überkommenes Prinzip. Sie wurde erkämpft, erlernt und ausgestaltet. Sie muss sich oft behaupten, wo sie anderswo als natürlich gilt. Wir müssen sie heftiger verteidigen als andernorts. Die Kämpfe unserer jüngeren Vergangenheit und die unserer Nachbarn sind heute deutschland- und europaweit Realität. Unsere Erfahrungen im Kampf um die Demokratie im Zeitalter ihrer schwindenden Selbstverständlichkeit liefert Anschauungsmaterial für eine Partei, die in ganz Deutschland wieder in die Rolle kommt, die sie vor hundert Jahren bereits hatte: als Teil des demokratischen Wettbewerbs um das Ganze des demokratischen Systems zu kämpfen. Demokratie wird stärker, aber auch leichter und fröhlicher, wenn sich viele einbringen. Sie schwächelt, wenn Menschen sich frustriert oder gleichgültig zurückziehen. Deshalb müssen wir sie erneuern und ergänzen: Engagement erleichtern, Zivilgesellschaft stärken und neue Beteiligung ausbauen. Diese Entwicklung zeigt auch: Wir werden den Kampf um die Demokratie nicht allein gewinnen, sondern nur gemeinsam mit den vielfältig engagierten Sächsinen und Sachsen. Deswegen haben wir in den letzten Jahren alte Bündnisse gepflegt und neue Netzwerke aufgebaut. Die SPD in Sachsen versteht sich nicht als geschlossene Gemeinschaft. Wir sind Bündnis- und Netzwerkpartei.

II. Schließlich haben wir gelernt: **Politik ist fragiler geworden**. Stabile Mehrheiten sind keine Selbstverständlichkeit mehr, Parteien haben keine Bestandsgarantie. Auch die SPD kann sich nicht auf ihre Geschichte verlassen – ihre Rolle muss immer wieder neu erarbeitet und erklärt werden. Das zeigt sich besonders deutlich nach den Landtagswahlen in Sachsen 2024. Regieren in einer Minderheitsregierung ist anspruchsvoll, aber möglich. Und vor allem: Dieser Trend ist kein sächsisches oder ostdeutsches Einzelphänomen, sondern Ausdruck einer breiteren politischen Entwicklung. Stabile, lagerhomogene Koalitionen sind die Ausnahme, Flexibilität ist das neue Normal. Die SPD muss ihre Arbeitsweise daran anpassen. Wir werden den Kern unserer Überzeugungen künftig in einer Gesellschaft sichtbar machen, in der verschiedene Milieus sich in einem zersplitterten Parteiensystem organisieren. Die SPD muss sich dabei strategisch auch der Höhe der Zeit zeigen: Weniger Traditionspflege, mehr Klarheit über die gegenwärtige Rolle.

III. **Wohlstand entsteht nicht von selbst** – auch das zeigt Sachsen sehr deutlich. Die Transformation von der Plan- zur Marktwirtschaft und weiter hin zu neuen Branchen und neuen Innovationszyklen ist weitgehend gelungen. Heute entstehen

hier Zukunftsjobs in Bereichen wie Halbleiter, E-Mobilität sowie Umwelt-, Medizin- und Energietechnik. Dieser Erfolg beruht auf der Leistung vieler: auf der Kompetenz der Beschäftigten, dem Mut von Unternehmer:innen und einer starken Bildungs- und Forschungslandschaft im Zusammenspiel mit innovativen Unternehmen. Er ist kein Geschenk von außen; aber auch keine Garantie für die Zukunft. Er wurde vor Ort erarbeitet, oft unter schwierigen Bedingungen. Darauf können wir stolz sein. Gleichzeitig gilt: Wir in Sachsen können Transformation, aber viele Menschen blicken mit Sorge auf das, was vor ihnen liegt. Transformationskompetenz bedeutet nicht automatisch Transformationssehnsucht. Unsere alternde Gesellschaft, das schwächelnde Bildungssystem und der Fachkräftemangel sind dabei gewaltige Herausforderungen. Darauf muss die SPD reagieren. Es geht weniger darum, Bestehendes um jeden Preis zu bewahren, sondern die Voraussetzungen für wirtschaftliche Erneuerung zu stärken – und damit die Bereitschaft zur Veränderung zu ermöglichen, statt sie einfach vorauszusetzen.

IV. Die **steigende Vermögensungleichheit** gefährdet unsere Gesellschaft. Ein großer Teil der Bevölkerung besitzt in Deutschland kaum oder nur ein geringes Vermögen, während ein kleiner Teil der Gesellschaft immer mehr Vermögen anhäuft. Gleichzeitig sehen wir große regionale Unterschiede. Auch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung bleibt ein struktureller Vermögensunterschied zwischen West und Ost. Hinzu kommt, dass der Großteil der Vermögen nicht erarbeitet, sondern vererbt wird. Der Besitz von Vermögen bedeutet in dieser Gesellschaft nicht nur wirtschaftliche Sicherheit, sondern Macht. Wer viel besitzt, kann leichter Netzwerke aufbauen und Einfluss nehmen – wer wenig hat, bleibt bei Entscheidungen häufiger außen vor. Diese Realitäten zeigen sich nicht nur zwischen arm und reich, sondern auch zwischen Ost und West. Um Chancengleichheit zu erreichen, müssen wir diese Entwicklung brechen. Harte Arbeit muss besser entlohnt und vererbter Reichtum begrenzt und besteuert werden. Die Vermögen in diesem Land müssen gerechter verteilt werden, auch regional.

5. Was folgt daraus?

Aus diesen Erfahrungen und Schlussfolgerungen der sächsischen SPD ergeben sich drei zentrale Handlungsfelder, die wir im Grundsatzprogramm der SPD vorantreiben wollen:

Gesellschaftliches Engagement als zentrale Bedingung für eine starke Demokratie: Eine starke Gesellschaft entsteht dort, wo Menschen an ihr mitarbeiten. In den Dörfern und Stadtteilen, bei Sportvereinen, der Feuerwehr, in der Kirche und anderen Orten, an denen Menschen zusammenkommen. Wir müssen dafür sorgen, dass sich wieder mehr Menschen engagieren und dafür sorgen, dass dies unabhängig von Einkommen, Arbeit, Familie, Herkunft und Lebenssituation möglich ist.

Wirtschaftliche Erneuerung, die Aufbruch schafft, statt Ängste zu produzieren. Wir wollen die Voraussetzungen schaffen, um die wirtschaftlichen Erfolge unseres Landes fortzuführen und gegen unlauteren Wettbewerb zu verteidigen, die ökonomische Zukunft zu ebnen und neue Stärken zu entwickeln. Gelungene Transformation und erfolgreiche Innovation stehen dabei im Mittelpunkt.

Gelungene Transformation und erfolgreiche Innovation stehen dabei im Mittelpunkt. Ein

265 starkes Bildungssystem und gelingende Arbeitskräftezuwanderung sind dafür zentral.

266 Und eine **gerechte Verteilung von Vermögen und Macht**. Chancengleichheit kann nur
267 **gelingen**, wenn wir die Konzentration von Vermögen in Deutschland brechen. Vermögen
268 und die daraus folgenden politische Macht müssen gerechter verteilt werden. Sowohl
269 zwischen Arm und Reich, als auch zwischen Ost und West.

270 Neben diesen konkreten Themen muss sich die SPD auch selbst verändern. Neue Zeiten
271 brauchen nicht nur neue Antworten, sondern auch neuen Mut für die sozialdemokratische
272 Bewegung.

273 Menschen erwarten in der Politik Klarheit. Wenn wir als SPD in Zukunft Menschen für
274 uns begeistern wollen, brauchen wir eine erkennbare Vision, auf die wir hinarbeiten.
275 Die Menschen wollen wissen, an wessen Seite wir stehen. Sie wollen sehen, wofür wir
276 kämpfen. In unserer Demokratie werden Kompromisse akzeptiert – aber nur, wenn
277 erkennbar ist, dass ihnen ein echter politischer Konflikt vorausgeht. Ein Ringkampf
278 ist keine Umarmung.

279 Die SPD muss mehr sein als eine sach- und verfahrenkundige Verwalterin der
280 Regierungspolitik und die Partei der ausgewogenen Kompromisse. Sie muss wieder klarer
281 der Motor für eine gerechte und fortschrittliche Gesellschaft werden. Sie muss an der
282 Seite der Mehrheit stehen und die Auseinandersetzung mit denen suchen, die Macht und
283 Vermögen auf Kosten der Mehrheit vermehren – und denen, die unsere Demokratie
284 beseitigen wollen.

285 Unsere SPD muss ihre Themen in unserer eigenen Sprache formulieren und gleichzeitig
286 so verständlich, dass die Menschen sich in ihr wiederfinden. Dieser Appell geht an
287 uns alle. Es gibt keinen Grund, die Begriffe, Themen und Denkmuster anderer zu
288 übernehmen. Gehen wir voran in den utopischen Raum. Sorgen wir dafür, dass die
289 anderen sich an uns abarbeiten. Es gibt keinen Grund die richtige Politik aus
290 Umfragen abzuleiten. Lasst uns das Richtige tun und es populär machen.

Antrag Ini 04: Gute Arbeit in der Wissenschaft: Für eine zielführende Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes

Antragsteller*in:	Benjamin Schulz
Sachgebiet:	AS - Arbeit und Soziales

1 Am 28. Mai hat das Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR)
2 seinen Referentenentwurf zur **Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes**
3 **(WissZeitVG)** vorgelegt. Fünf Jahre nach dem Beginn von **#ichbinhanna** und der dadurch
4 in der letzten Legislaturperiode vorangebrachten Diskussion über die
5 Arbeitsbedingungen im deutschen Wissenschaftssystem liegen nun die Vorschläge der
6 zuständigen Bundesministerin Dorothea Bär vor. Sie umfassen vor allem weitgehend
7 unstrittige, über Interessengruppen hinweg in den letzten Jahren erreichte
8 Diskussionsergebnisse, etwa zu Schutz- und Verlängerungsregeln von befristet
9 Beschäftigten oder einigen Mindestvertragslaufzeiten. Doch selbst diese bleiben am
10 untersten Ende der seit Jahren diskutierten Vorschläge. Besonders problematisch ist
11 die im Entwurf spezifizierte **Mindestvertragslaufzeit** von drei Jahren **für erste**
12 **Arbeitsverträge von Promovierenden**. Das ist hoch problematisch, weil die
13 durchschnittliche Promotionsdauer zwischen vier und sechs Jahren liegt, so dass für
14 die übergroße Mehrzahl der Promovierenden die Unsicherheit und Abhängigkeit auch mit
15 der neuen Regelung bestehen bliebe – sie bräuchten auch nach ihrem dreijährigen
16 Erstvertrag mindestens einen weiteren, um ihre Promotion unter akzeptablen
17 Bedingungen abschließen zu können.

18 Obwohl der Entwurf auch Fortschritte beinhaltet, klafft ihm **an der systemisch**
19 **wichtigsten Stelle eine Lücke**. Genau die Frage, die für die Attraktivität und
20 letztlich das Funktionieren des Wissenschaftssystems angesichts von demografischem
21 Wandel, Fachkräftemangel und „KI“ entscheidend ist, sollen am Status-quo festgehalten
22 und die prekären Bedingungen teils sogar verschärft werden. Keiner der im Zuge der
23 **#ichbinhanna**-Debatte von der Ampel-Koalition noch aus zahlreichen Stellungnahmen
24 aufgenommenen **Vorschläge zu Postdocs** ist enthalten. Es fehlen: die Aufhebung der
25 Tarifsperre zur Stärkung tarifvertraglich gestaltbarer Regelungen, die Präzisierung
26 des Qualifikationsbegriffs, Verbesserungen bei Befristungshöchstdauern und Regelungen
27 zu Anschlusszusagen für promovierte Beschäftigte, Befristungshöchstquoten für
28 wissenschaftliche Mitarbeitende je Forschungseinrichtung, Hochschule oder
29 Universität.

30 Diese Mängel wiegen schwer, weil die **Sonder-Befristungsregelungen** für wissenschaftlich
31 Beschäftigte **nicht sachgerecht** sind – der sog. Mittelbau ist schon lange nicht mehr
32 die „Durchgangsstation zur Professur“, nicht einmal mehr überwiegend. Vielmehr sind
33 Forschungstätigkeiten und die Arbeitsteilung in der Wissenschaft sehr viel
34 ausdifferenzierter als in früheren Jahrzehnten. So leistet etwa die Mehrzahl der
35 promovierten Beschäftigten wissenschaftliche Arbeit in Datenerhebungs- und weiterer
36 wissenschaftlicher Infrastruktur, in Methoden- und Technologieentwicklung,
37 Forschungstransfer oder in der Anwendungsentwicklung, um nur einige große
38 Tätigkeitsbereiche zu nennen. Für all diese Tätigkeiten weiter überkommene
39 Befristungsregelungen beizubehalten, ist dysfunktional, zementiert prekäre
40 Beschäftigung und schadet letztlich Wissenschaft und Forschung. Denn schon jetzt sind
41 – auch aufgrund der Öffentlichkeit, die **#ichbinhanna** in den letzten Jahren geschaffen

42 hat - immer weniger junge Menschen bereit und interessiert daran, unter den
43 herrschenden Bedingungen, Abhängigkeitsverhältnissen und unsicheren Perspektiven in
44 der Wissenschaft zu arbeiten. Aufgrund der Verrentung der „Babyboomer“ haben sie
45 zudem immer mehr attraktive berufliche Alternativen, etwa in Bundesbehörden, -ämtern
46 und -ministerien.

47 Die oft proklamierte „Bestenauslese“ ist vielfach längst überlagert von der Frage,
48 **wer es sich leisten kann** unter den bestehenden Bedingungen im Wissenschaftssystem
49 seinen beruflichen Weg zu gehen. Der (familiäre) finanzielle Hintergrund ebenso wie
50 (strukturell bedingte) Risikobereitschaft und weitere von der wissenschaftlichen
51 Exzellenz unabhängige Persönlichkeitseigenschaften und Faktoren bestimmt maßgeblich
52 mit, ob man langfristig die hohe Unsicherheit und prekäre Beschäftigung in Kauf
53 nehmen kann. Schon heute ziehen sich insbesondere Frauen und Erst-Akademiker:innen
54 häufiger aus der Wissenschaft zurück als Männer und Personen aus formal hoch
55 gebildeten Herkunftsfamilien. Die bestehenden Regelungen sind also nicht nur
56 wissenschaftlich dysfunktional, sondern verstärken auch soziale
57 Bildungsungleichheiten.

58 Wir fordern die **SPD-Mitglieder in der Bundesregierung und Bundestagsfraktion** daher
59 auf, die beschriebenen Lücken im WissZeitVG-Entwurf im Gesetzgebungsverfahren zu
60 schließen, insbesondere die folgenden Regelungen zu ergänzen:

- 61 1. eine einjährige Mindestvertragslaufzeit für studentische Hilfskräfte
- 62 2. eine mindestens vierjährige Mindestvertragslaufzeit von Erstverträgen für
63 Beschäftigte mit dem Qualifizierungsziel Promotion
- 64 3. die substantielle Bestimmung des Qualifikationsbegriffs, um Beliebigkeit und
65 daraus folgende Ketten-Befristungen mit je neuen „Qualifikationszielen“
66 einzudämmen
- 67 4. eine Regelung zur Höchstbefristungsdauer von zwei Jahren ohne Anschlusszusage
68 für promovierte Beschäftigte
- 69 5. die Aufhebung der Tarifsperre
- 70 6. Befristungshöchstquoten für wissenschaftlich Beschäftigte je
71 Forschungseinrichtung, Hochschule und Universität.

72 Es ist an den sozialdemokratischen Mitgliedern von Bundesregierung und Bundestag, die
73 eklatanten Lücken im Gesetzesentwurf zu schließen, die im BMFTR-Entwurf bestehende
74 Schieflage zulasten von Beschäftigten aufzulösen und Regelungen für gute Arbeit in
75 der Wissenschaft bei der Novellierung des WissZeitVG durchzusetzen.

Antrag AS 01: Unionbusting

Antragsteller*in:	Jusos Sachsen
Sachgebiet:	AS - Arbeit und Soziales

1 Die Zahl der Betriebe in Deutschland mit einem Betriebsrat ist auf einem
2 historischen Tiefstand. Gleichzeitig etabliert sich zunehmend ein inoffizieller
3 Dienstleistungssektor, der sich auf die systematische Verhinderung von
4 Mitbestimmung spezialisiert: sogenanntes Union Busting. Mehr als jede fünfte
5 Neugründung eines Betriebsrats wird nach aktuellen Untersuchungen aktiv durch
6 Arbeitgeber behindert – obwohl dies einen Straftatbestand darstellt (§ 119
7 BetrVG).

8 Deutschland hat in Europa ein eher restriktives Verhältnis zu Gewerkschaften,
9 obwohl hier mit der IG Metall die weltweit größte Einzelgewerkschaft existiert,
10 die rund 2,3 Millionen Mitglieder zählt. Deutsche Unternehmen haben sich
11 insbesondere in den USA angeschaut, wie dort gewerkschaftliche Strukturen
12 zerschlagen werden, und verhalten sich daher schon länger in ihren weltweiten
13 Werken rücksichtslos. In den letzten Jahrzehnten haben sie jedoch entdeckt, dass
14 sie auch in Deutschland die innerbetriebliche Mitbestimmung mithilfe von
15 Dienstleistern und perfiden Methoden unterlaufen können.

16 Besonders häufig sind solche Eingriffe in mittelgroßen, eigentümergeführten
17 Betrieben. Hier wird massiver Druck auf Beschäftigte ausgeübt, die einen
18 Betriebsrat gründen wollen. Arbeitgeber lassen sich dabei von spezialisierten
19 Kanzleien und Beratungen unterstützen, die gezielt Strategien entwickeln, um
20 Mitbestimmung zu untergraben, ohne dabei formal gegen geltendes Recht zu
21 verstoßen.

22 Die Verhinderung von Betriebsratswahlen, die Einschüchterung von engagierten
23 Beschäftigten, das Verhindern des Zutritts von Gewerkschaftsvertreter*innen zum
24 Betriebsgelände und weitere Taktiken, sind dabei erst der Anfang. Diese Methoden
25 zielen darauf ab, demokratische Mitbestimmung im Betrieb zu zerschlagen, noch
26 bevor sie entsteht. Diese Praxis gefährdet die betriebliche Demokratie und die
27 Grundlage sozialpartnerschaftlicher Arbeitsbeziehungen.

28 Wir fordern daher:

29 Wir fordern daher, um die Mitbestimmung und die Wettbewerbsfähigkeit des
30 Wirtschaftsstandorts Deutschland zu sichern, dass Unionbusting zum
31 Officialdelikt wird – wie es der DGB schon seit Jahren fordert und wie es
32 bereits 2021 im Koalitionsvertrag verankert wurde.

- 33 • die verbindliche Umsetzung des bereits im Koalitionsvertrag 2021
34 festgeschriebenen Vorhabens, das Union Busting zum Officialdelikt wird und
35 somit die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren einleiten muss, wenn
36 sie von Tatsachen erfährt, die auf einen Gesetzesverstoß hindeuten
- 37 • die Bildung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften, die auf gesetzwidrige
38 Eingriffe von Unternehmen in Betriebsratswahlen spezialisiert sind
- 39 • die Ausweitung von Schutzrechten bei Betriebsratsgründungen (Besonderer
40 Kündigungsschutz ab dem ersten nachweisbaren Vorbereitungsschritt)

- 41 Mitbestimmung ist kein Angriffspunkt für unternehmerische Willkür, sondern
- 42 demokratisches Fundament der Arbeitswelt. Wer sie systematisch sabotiert, muss
- 43 mit rechtlichen Konsequenzen rechnen.

Antrag AS 02: Gute Arbeit sichern – Strukturwandel sozial gestalten

Antragsteller*in:	KV Leipzig
Sachgebiet:	AS - Arbeit und Soziales

- 1 Die SPD fordert eine aktive Strukturpolitik zur Sicherung von Industriearbeitsplätzen
- 2 und
- 3 zur Entwicklung neuer Perspektiven. Dazu gehören:
- 4 • verbindliche Zukunftskonzepte für betroffene Regionen
- 5 • Einbindung von Gewerkschaften und Betriebsräten
- 6 • Sicherung regionaler Wertschöpfung
- 7 • gezielte Unterstützung für betroffene Beschäftigte
- 8 • Stärkung regionaler mittelständischer Unternehmen und kommunaler
- 9 Wirtschaftsförderung

Antrag AS 03: Kein Kahlschlag mit uns – Sozialstaat gerecht reformieren, Schutzrechte verteidigen

Antragsteller*in:	UB Chemnitz
Sachgebiet:	AS - Arbeit und Soziales

- 1 Die SPD steht für gute Arbeit, soziale Sicherheit, starke Tarifbindung und einen
2 handlungsfähigen Sozialstaat. Diese Grundsätze sind keine Folklore unserer
3 Geschichte, sondern unser politischer Auftrag.
4
- 5 Deshalb sagen wir klar:
6 Sozialstaatsreform ja – Kahlschlag nein.
7 Modernisierung ja – Aushöhlung erkämpfter Standards nein.
8 Flexibilität ja – aber innerhalb klarer Schutzgrenzen.
- 9 Die aktuellen Herausforderungen sind real: Fachkräftemangel, steigende Kosten,
10 demografischer Wandel, kommunale Finanznot, wirtschaftlicher Druck und ein
11 Sozialstaat, der für viele Menschen zu kompliziert, zu langsam und zu schwer
12 erreichbar ist. Aber die Antwort darauf darf nicht lauten, Beschäftigte länger
13 arbeiten zu lassen, Teilzeit politisch abzuwerten, Erwerbslose härter zu sanktionieren
14 oder soziale Sicherungssysteme auszudünnen.
15
- 16 Nicht der Acht-Stunden-Tag ist das Problem.
17 Nicht die Teilzeitbeschäftigte ist das Problem.
18 Nicht der Bürgergeldbeziehende ist das Problem.
19 Nicht die Pflegebedürftige ist das Problem.
20
- 21 Die Probleme liegen woanders: bei fehlenden Investitionen, zu geringer Tarifbindung,
22 ungerechter Vermögensverteilung, schlechter Personalplanung, zersplitterten
23 Zuständigkeiten, überlasteten Kommunen und einem Staat, dem zu oft die Mittel und
24 Strukturen fehlen, um seinen Aufgaben gerecht zu werden.
- 25 Wir fordern daher:
26
- 27 1. Schutzrechte verteidigen
28 Den Acht-Stunden-Tag als Schutzrecht erhalten.
29 Arbeitszeitflexibilität darf nicht zur Entgrenzung von Arbeit führen. Flexibilität
30 kann sinnvoll sein – aber nur innerhalb klarer täglicher Schutzgrenzen, mit
31 verlässlicher Zeiterfassung, Mitbestimmung, Ausgleich und dem Schutz von Gesundheit,
32 Familie, Erholung und Ehrenamt.
33
- 34 Teilzeit nicht abwerten.
35 Teilzeit ist kein gesellschaftlicher Makel. Ziel sozialdemokratischer Politik darf

nicht die politische Drängung in Vollzeit sein, sondern die Beseitigung unfreiwilliger Teilzeit und struktureller Hürden für Menschen, die mehr arbeiten wollen. Wer mehr Vollzeit ermöglichen will, muss bessere Bedingungen schaffen: gute Kitas, verlässliche Pflege, faire Löhne, planbare Arbeitszeiten und echte Rückkehrrechte in höhere Arbeitszeit.

Keine Politik der Mehrarbeit als Ersatz für Strukturpolitik.

Überstunden lösen keinen Fachkräftemangel. Ausbildung, Qualifizierung, bessere Arbeitsbedingungen, Einwanderung, Tarifbindung, Digitalisierung, gute Personalplanung und öffentliche Investitionen tun es.

Eine respektvolle und existenzsichernde Grundsicherung.

Der Sozialstaat darf nicht zur Disziplinierungsmaschine werden. Wer arbeitslos wird, krank ist oder in Not gerät, braucht Unterstützung, Beratung, Qualifizierung und Perspektive – keine Politik des Misstrauens.

Keine Kürzungen bei Gesundheit und Pflege.

Krankheit und Pflegebedürftigkeit sind keine Kostenstellen, sondern Lebensrisiken, die solidarisch abgesichert werden müssen. Reformen in Gesundheit und Pflege müssen Versorgung verbessern, Beschäftigte entlasten, Eigenanteile abzuschaffen und die Finanzierung solidarischer zu gestalten - statt Leistungen zu kürzen.

Tarifbindung, Mitbestimmung und Gewerkschaften stärken. Wir stehen an der Seite des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften. Gute Arbeit braucht Machtbalance, nicht Sonntagsreden. Öffentliche Aufträge und Fördermittel müssen stärker an Tarifbindung, gute Arbeit und Beschäftigungssicherung geknüpft werden.

2. Sozialstaat besser machen statt abbauen

Sozialstaat vereinfachen, nicht kürzen. Wer den Sozialstaat auf hohem Niveau erhalten will, muss ihn einfacher, verständlicher und wirksamer machen. Effizienzgewinne müssen besserem Zugang, weniger Bürokratie, kommunaler Entlastung und der Sicherung von Ansprüchen dienen – nicht der Absenkung von Leistungen.

Zuständigkeiten bündeln. Soziale Leistungen dürfen nicht länger an Ressortgrenzen, Behördenlogik und Zuständigkeitsgerangel scheitern. Wir wollen klarere Verantwortlichkeiten, weniger Doppelstrukturen und eine bessere Abstimmung zwischen Bund, Ländern und Kommunen.

Begriffe vereinheitlichen.

Einkommen, Vermögen, Haushalt, Kind, Bedarfsgemeinschaft oder gewöhnlicher Aufenthalt dürfen nicht je nach Leistung unterschiedlich definiert werden. Einheitliche Begriffe schaffen weniger Bürokratie, weniger Fehler und mehr Verständlichkeit für Anspruchsberechtigte.

Leistungen nach Bedarfsgruppen ordnen.

Kinder und Jugendliche, Erwachsene, Familien, Haushalte, Pflegebedürftige und Erwerbslose brauchen Leistungen, die zusammenpassen. Wohngeld, Kosten der Unterkunft, Kinderzuschlag, Grundsicherung und Familienleistungen müssen besser aufeinander abgestimmt werden. Das Ziel ist ein Sozialstaat aus Sicht der Menschen – nicht aus Sicht der Aktenzeichen.

One-Stop-Shop für Sozialleistungen schaffen.

Bürger*innen sollen nicht von Amt zu Amt geschickt werden. Wer Unterstützung braucht, soll über eine zentrale Anlaufstelle Zugang zu den passenden Leistungen erhalten: digital, verständlich und niedrigschwellig – aber immer auch mit persönlicher und analoger Beratung vor Ort.

Automatische Auszahlung von Leistungen ermöglichen.

Ein vorsorgender Sozialstaat wartet nicht darauf, dass Menschen sich durch Formulare kämpfen. Wo Ansprüche eindeutig bestehen, sollen Leistungen automatisch oder mit möglichst geringem Aufwand ausgezahlt werden – etwa beim Kindergeld oder bei Familienleistungen. Automatisierung darf aber nicht zu automatisierten Ablehnungen, Sanktionen oder zusätzlichen Kontrollmechanismen führen.

Kommunen entlasten.

Kommunen müssen wieder mehr Zeit für Beratung, Begleitung und konkrete Hilfe haben. Digitale Verfahren, klare Zuständigkeiten und vereinfachte Leistungszugänge können Verwaltungen entlasten. Das gelingt aber nur, wenn neue Aufgaben vollständig finanziert, Verfahren wirklich vereinfacht und Doppelzuständigkeiten abgebaut werden. Wer Kommunen neue Pflichten überträgt, muss auch die Mittel dafür bereitstellen.

3. Reformen nur mit klaren Schutzplanken

Pauschalierung nur ohne Anspruchsverlust.

Pauschalen können Verfahren vereinfachen. Sie dürfen aber nicht dazu führen, dass individuelle Bedarfe unsichtbar werden oder Leistungen faktisch sinken. Pauschalierungen dürfen nur dort eingesetzt werden, wo sie Verfahren erleichtern, ohne Ansprüche pauschal zu senken. Individuelle Mehrbedarfe, Härtefälle, Behinderung, Krankheit, Pflege, regionale Mietkosten und besondere Lebenslagen müssen verbindlich abgesichert bleiben.

Datenaustausch nur mit Grundrechtsschutz.

Das Once-Only-Prinzip kann sinnvoll sein: Bürger*innen sollen Daten nicht immer wieder neu einreichen müssen. Aber Datenaustausch zwischen Sozialverwaltung, Finanzämtern, Melderegistern und Sozialversicherung braucht klare Zweckbindung, Datenschutz, Transparenz, Widerspruchsmöglichkeiten und demokratische Kontrolle. Der digitale Sozialstaat darf kein Überwachungsstaat werden.

120

121 Digitalisierung nur mit analogem Zugang.

122 Ein digitaler Sozialstaat darf niemanden ausschließen. Wer keinen Zugang zu digitalen
123 Angeboten hat, wer Beratung braucht oder wer komplexe Lebenslagen mitbringt, muss
124 weiterhin persönliche Unterstützung erhalten.

125 Sozialstaatsreformen mit Sozialcheck.

126

127 Jede Reform muss daran gemessen werden, ob sie Armut vermeidet, Beschäftigte schützt,
128 Familien entlastet, Kommunen stärkt und gesellschaftlichen Zusammenhalt fördert. Eine
129 Reform, die nur Kosten senkt, aber Unsicherheit erhöht, ist keine sozialdemokratische
130 Reform.

Antrag Ini 02: Asylverfahrensberatung retten - rechtssichere und schnelle Asylentscheidungen sichern

Antragsteller*in:	UB Dresden
Sachgebiet:	DGR - Demokratie, Gleichstellung und Recht

- 1 Die sächsischen Mitglieder im Parteivorstand und der SPD-Bundestagsfraktion wirken
- 2 darauf, dass die behördenunabhängige Asylverfahrensberatung gerettet wird.
- 3 Sozialdemokratische Kabinettsmitglieder setzen sich in der Regierung und die
- 4 Bundestagsfraktion im Haushaltsverfahren des Bundestages dafür ein. Nur so kann
- 5 Asylsuchenden ein faires Verfahren ermöglicht, Rechtssicherheit gewährleistet und
- 6 langwierige Klagen vor Gericht verhindert werden. Dazu soll die Streichung der Mittel
- 7 für den kommenden Bundeshaushalt durch das Bundesinnenministerium zurückgenommen
- 8 werden und die Asylverfahrensberatung mit mindestens 25 Millionen Euro ausgestattet
- 9 werden.

Antrag DGR 01: Diskriminierung von Menschen mit HIV* konsequent bekämpfen – Gleichberechtigte Teilhabe in Sachsen stärken

Antragsteller*in:	AG SPDQueer
Sachgebiet:	DGR - Demokratie, Gleichstellung und Recht

1 Die SPD Sachsen setzt sich für einen konsequenten Schutz von Menschen mit HIV und
2 anderen chronischen Infektionskrankheiten (HIV*) vor Diskriminierung ein und fordert
3 die Staatsregierung auf, bestehende Benachteiligungen abzubauen sowie Aufklärung und
4 Gleichstellung aktiv zu fördern. Moderne medizinische Erkenntnisse zeigen klar:
5 Menschen mit HIV können bei erfolgreicher Therapie ein langes, gesundes Leben führen
6 und sind unter wirksamer Behandlung nicht mehr infektiös. Diskriminierung aufgrund
7 einer HIV-Infektion ist daher medizinisch unbegründet und gesellschaftlich nicht
8 akzeptabel.

9 Eine sozialdemokratische Politik setzt sich für gleiche Chancen, Solidarität und eine
10 Gesellschaft ohne Diskriminierung ein. Sachsen muss deshalb bestehende strukturelle
11 Benachteiligungen abbauen und aktiv gegen HIV*-bezogene Stigmatisierung vorgehen.

12 (HIV*): Zur Vereinfachung des Textes ist bei HIV* der gesamte Bereich der sexuell
13 übertragbaren und chronischen Infektionskrankheiten gemeint. Dazu zählen unter
14 anderem Hepatitis C, chronische Hepatitis B und andere.

15 **Wir fordern daher insbesondere:**

16 **1. Überprüfung diskriminierender Regelungen im öffentlichen Dienst**

17 Der Freistaat Sachsen soll bestehende Einstellungs- und Gesundheitsvorschriften im
18 öffentlichen Dienst darauf überprüfen, ob sie Menschen mit HIV* faktisch
19 benachteiligen. Insbesondere bei Polizei, Justizvollzug, Feuerwehr und anderen
20 sicherheitsrelevanten Berufen müssen gesundheitliche Anforderungen auf Grundlage
21 aktueller medizinischer Erkenntnisse bewertet werden. Pauschale Ausschlüsse von
22 Menschen mit HIV* sind abzulehnen; stattdessen sollen Einzelfallprüfungen erfolgen.

23 **2. Stärkung des Diskriminierungsschutzes im Landesrecht**

24 Die Staatsregierung soll prüfen, wie der Schutz vor Diskriminierung aufgrund einer
25 chronischen Erkrankung, einschließlich HIV*, im Landesrecht weiter gestärkt werden
26 kann. Dazu gehören:

- 27 • eine stärkere Berücksichtigung im Gleichstellungs- und
- 28 Antidiskriminierungsbereich des Landes,
- 29 • die Unterstützung unabhängiger Beratungsstellen für Betroffene,
- 30 • sowie eine bessere Dokumentation und Auswertung von Diskriminierungsfällen.

31 **3. Ausbau von Aufklärung und Prävention**

32 Der Freistaat Sachsen soll Programme zur Aufklärung über HIV* und andere sexuell
33 übertragbare Infektionen weiter ausbauen. Ziel ist es, Stigmatisierung abzubauen und
34 Wissen über moderne Therapie und Prävention zu verbreiten.

35 Dazu gehören insbesondere:

- 36 • Stärkung und Sicherung sexualpädagogischer Angebote an Schulen,

- Unterstützung von Präventionsprojekten der Aidshilfen und anderer Träger,
- öffentliche Informationskampagnen gegen HIV*-bezogene Stigmatisierung.
- Ausbau und Sicherung der Angebote zur kostenlosen Testung auf sexuell übertragbare Infektionen.

4. Sicherstellung eines diskriminierungsfreien Gesundheitswesens

Die Staatsregierung soll gemeinsam mit den Akteurinnen und Akteuren im Gesundheitswesen Maßnahmen unterstützen, die eine diskriminierungsfreie Behandlung von Menschen mit HIV* gewährleisten. Dazu gehören:

- Fortbildungsangebote für medizinisches Personal,
- Sensibilisierung in Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern,
- sowie niedrigschwellige Beratungs- und Testangebote,
- Verankerung als Thema in den Ausbildungen von Gesundheitsberufen, insbesondere mit Blick auf die laufende Evaluation des Pflegeberufegesetzes und der entsprechenden Ausbildungs- und Prüfungsverordnung

5. Unterstützung zivilgesellschaftlicher Strukturen

Organisationen der HIV*-Selbsthilfe und Aidshilfen leisten einen zentralen Beitrag zur Prävention, Beratung und Unterstützung Betroffener. Ihre Arbeit soll langfristig finanziell abgesichert und strukturell gestärkt werden.

Antrag DGR 02: Feministische Haushaltspolitik in Sachsen: Gleichstellungsarbeit verlässlich absichern

Antragsteller*in:	AG SPD Frauen
Sachgebiet:	DGR - Demokratie, Gleichstellung und Recht

- 1 **und an die SPD-Landtagsfraktion sowie Petra Köpping, unser sächsische**
2 **Sozialministerin, weiterleiten:**
- 3 Die SPD Sachsen bekennt sich zu einer feministischen Haushaltspolitik. Der
4 Landeshaushalt des Freistaates Sachsen soll Gleichstellung als durchgehende Aufgabe
5 abbilden und weiter stärken.
- 6 Die SPD Sachsen setzt sich dafür ein, dass es im Gleichstellungsbereich, insbesondere
7 beim Thema Gewaltschutz, zu keinen drastischen Kürzungen kommt. Besonders wichtig ist
8 uns dabei:
- 9 1. keine Kürzungen beim Gewaltschutz
10 2. die Absicherung von Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsarbeit
11 3 die Stärkung der wirtschaftlichen Teilhabe von Frauen
12 4. die Schaffung bzw. Absicherung von Qualifizierungsprogrammen für Frauen,
13 insbesondere für Führungspositionen
- 14 Darüber hinaus ist es uns wichtig, dass die Gleichstellungsperspektive im Haushalt
15 gestärkt wird. Die Berücksichtigung von Gleichstellungsaspekten bei
16 Haushaltsentscheidungen ist weiter auszubauen und perspektivisch systematisch zu
17 verankern.

Antrag DGR 03: Ohne Frauen kein Strukturwandel. Weibliche Perspektiven stärken!

Antragsteller*in:	AG SPD Frauen
Sachgebiet:	DGR - Demokratie, Gleichstellung und Recht

1 ***und an die SPD-Landtagsfraktion, die SPD-Bundestagsfraktion und den DGB Sachsen***
2 ***weiterleiten:***

3

4 Die Industrie in Deutschland durchläuft aktuell und in den nächsten Jahren eine
5 weitreichende Transformation. Faktoren wie Dekarbonisierung, Digitalisierung und die
6 Einführung von Künstlicher Intelligenz werden weitreichende Auswirkungen auf die
7 Berufsfelder und Arbeitsbedingungen in der Industrie haben. Geschlechterspezifische
8 Aspekte dieser Veränderungen werden aktuell kaum berücksichtigt. Als SPD Sachsen
9 sehen wir eine unbedingte Pflicht, diese industrielle Transformation unter
10 Geschlechtergerechtigkeitsgesichtspunkten zu bewerten und zu gestalten.

11

12 **Wir fordern die sächsische Landesregierung auf:**

- 13 • zu überprüfen, wie Lausitzer Frauennetzwerke in ihrer Arbeit unterstützt werden
14 können;
- 15 • in der Fortschreibung und Evaluation des Lausitzprogramms 2038 noch stärker auf
16 die Parität zu achten und darauf, dass die Belange von Frauen gleichermaßen
17 berücksichtigt werden (das soll auf Grundlage geschlechterdifferenzierter
18 Datenlage und eines Beteiligungsprozesses erfolgen);
- 19 • sich dafür einzusetzen, dass im Rahmen des Strukturstärkungsprozesses Angebote
20 speziell für Frauen konzipiert werden, wie zum Beispiel
21 Vernetzungsmöglichkeiten, Fortbildungen, Angebote für Existenzgründerinnen oder
22 Frauenmentoring, die die Verbleibechancen der Frauen in der Lausitz erhöhen;
- 23 • darauf hinzuwirken, dass bestehende Landesbehörden in der Lausitz zu einer
24 Modernisierung der Organisationskultur beitragen, indem flexible
25 Arbeitszeitmodelle und kooperative Führungskultur möglich gemacht werden;
- 26 • sich dafür einzusetzen, dass bei öffentlich geförderten Veranstaltungen Frauen
27 in ausgewogenem Verhältnis als Rednerinnen und Expertinnen zum Thema
28 Strukturwandel zu Wort kommen;
- 29 • die Geschlechterperspektive konsequent in die politische Arbeit rund um die
30 Transformation der Industrie einzubinden und im politischen Raum einzufordern;
- 31 • bei der Einführung von digitalen Programmen (auch künstliche Intelligenz), die
32 sich auf Daten von Menschen beziehen, gezielt auf Diskriminierung zum Beispiel
33 durch zu viele oder zu wenige Daten (Datenlücken z. B. Geschlecht oder
34 Hautfarbe) zu achten und diese auszugleichen bzw. die Auswahl der entsprechenden
35 Programme zu beeinflussen;
- 36 • Programmier- und Entwicklungs-Teams möglichst divers zusammenzustellen, um
37 Diskriminierung durch programmierte Inhalte zu vermeiden.

38

39 **Wir fordern von der Bundesregierung:**

- 40 • die unterschiedlichen Auswirkungen des Strukturwandels auf Frauen und Männer
41 wissenschaftlich zu erfassen und ein geschlechterspezifisches Monitoring
42 einzuführen, das zahlengestützt Zusammenhänge darstellt, aus denen Ansatzpunkte
43 für politische Handlungsempfehlungen oder eigene Programme und Angebote für
44 Frauen abgeleitet werden können;
- 45 • eine Kopplung klimapolitischer Investitionshilfen und Wirtschaftsförderung an
46 Tarifbindung, Mitbestimmung und Gleichstellung;
- 47 • öffentliche Aufträge nur an Unternehmen zu vergeben, die sowohl tarifgebunden
48 sind als auch einen bestimmten Frauenanteil in der Beschäftigung erfüllen;
- 49 • bei der Besetzung von Kommissionen und Runden Tischen zum Thema Strukturwandel
50 eine angemessene Repräsentanz von Frauen (mindestens 30 Prozent)
51 sicherzustellen;
- 52 • bereits etablierte Netzwerke und Initiativen sowie regionale Vernetzungen von
53 Frauen (finanziell) zu fördern;
- 54 • eine überregionale Trägerstruktur zu schaffen, die sich für eine
55 gleichstellungsorientierte Perspektive im Strukturwandel einsetzt;
- 56 • bei der Diversifizierung des Wirtschaftsstandortes frauendominierte
57 Berufssegmente mitzudenken;
- 58 • Programme auf den Weg zu bringen, um Frauen für neue Berufsfelder (MINT/Green
59 Jobs/Handwerk) zu gewinnen.

60

61 **Wir fordern von den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern:**

- 62 • eine verlässliche geschlechterspezifische Fachkräfteplanung zu erstellen, die
63 den Wegfall und Umbau von Berufsfeldern in den Blick nimmt und dafür sorgt, dass
64 Kolleginnen in unseren Industrien weiterbeschäftigt werden;
- 65 • Schulungen und Weiterbildungen für Frauen anzubieten, die neue
66 Beschäftigungsfelder für Frauen in den Blick nehmen und ihre berufliche wie
67 private Situation berücksichtigen (z. B. berufsbegleitend in Teilzeit). Diese
68 gezielten Qualifizierungsmaßnahmen sollten technische Grundlagen, digitale
69 Kompetenzen und neue Technologien praxisnah und berufsbegleitend vermitteln.
70 Mentoring und Coachingangebote können zudem die Frauen beim beruflichen (Wieder-
71)einstieg, Umstieg oder Aufstieg in technische Berufsfelder unterstützen;
- 72 • die durch Digitalisierung und KI veränderten Arbeitsanforderungen systematisch
73 in der Eingruppierung zu berücksichtigen;
- 74 • die Schichtarbeit für Mitarbeiter:innen mit Care-Verantwortung/Eltern und
75 pflegende Angehörige attraktiver zu gestalten, um sie so in der Branche zu
76 halten. Dies kann durch die Möglichkeit von Teilzeitarbeit und die Rückkehr nach
77 der Elternzeit in Schichtarbeit erreicht werden. Flexible Schichtmodelle und die
78 Berücksichtigung individueller Bedürfnisse sind hierbei entscheidend;

- 79 • Programmier- und Entwicklungs-Teams möglichst divers zusammenzustellen, um
- 80 Diskriminierung durch programmierte Inhalte zu vermeiden.

Antrag DGR 04: Demokratie stärken – Beteiligung sichern und Vertrauen zurückgewinnen im ländlichen Raum

Antragsteller*in:	KV Leipzig
Sachgebiet:	DGR - Demokratie, Gleichstellung und Recht

- 1 Die SPD fordert:
- 2 ☐ verlässliche Fortführung von Demokratieförderprogrammen
- 3 ☐ stärkere Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern
- 4 ☐ Ausbau von Jugendbeteiligung
- 5 ☐ Verbindliche Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in kommunalen
- 6 Entscheidungsprozessen stärken und die sächsische Gemeindeordnung
- 7 daraufhin schärfen.

Antrag DGR 05: CSD-Veranstaltungen als politische Versammlungen schützen

Antragsteller*in:	AG SPDQueer
Sachgebiet:	DGR - Demokratie, Gleichstellung und Recht

- 1 Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen:
- 2 Die SPD Sachsen bekräftigt ihre Solidarität mit queeren Menschen und stellt sich klar
3 an die Seite der Organisator*innen von Christopher Street Days (CSDs) in Sachsen. Sie
4 bekennt sich dazu, queere Menschen und ihre Veranstaltungen aktiv zu unterstützen und
5 zu schützen.
- 6 CSDs sind Ausdruck des andauernden Kampfes für Gleichberechtigung, gesellschaftliche
7 Akzeptanz und den Schutz queerer Menschen vor Diskriminierung. Sie erinnern an
8 historische Errungenschaften der LSBTIQ*-Bewegung und machen deutlich, dass gleiche
9 Rechte, Sicherheit und gesellschaftliche Teilhabe auch heute keine
10 Selbstverständlichkeit sind und zunehmend angegriffen werden.
- 11 Die SPD Sachsen setzt sich deshalb auf kommunaler und Landesebene dafür ein, die
12 Organisation und Durchführung von CSDs aktiv zu unterstützen. Dazu gehört eine
13 frühzeitige, transparente und verlässliche Kommunikation zwischen den
14 Organisator*innen und den zuständigen Behörden, um die Durchführung von CSDs unter
15 verlässlichen Rahmenbedingungen zu ermöglichen. Behördliche Einschränkungen von CSDs
16 und der Abbau queerer Förderprogramme insbesondere im ländlichen Raum sind mit
17 sozialdemokratischen Werten unvereinbar. Die SPD Sachsen wird dies gegenüber allen
18 politischen Partnern klar benennen und an der Seite der Organisator*innen stehen, die
19 diesen Freiraum tagtäglich erkämpfen und erhalten.
- 20 Die SPD Sachsen kritisiert die Weisung der Landesdirektion gegenüber der Stadt
21 Dresden, mit der der Versammlungscharakter des Christopher Street Day Dresden infrage
22 gestellt wurde. Wir begrüßen die Entscheidung des Sächsischen
23 Oberverwaltungsgerichts, das den Versammlungscharakter des CSD bestätigt hat. CSDs
24 sind politische Versammlungen, die das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit wahrnehmen
25 und einen unverzichtbaren Beitrag zur Sichtbarkeit queerer Lebens sowie zum Einsatz
26 für Gleichberechtigung und gesellschaftliche Teilhabe leisten.
- 27 Gerade vor dem Hintergrund zunehmender queerfeindlicher Angriffe, wie wir sie in den
28 vergangenen Jahren auf CSDs in Bautzen, Görlitz, Leipzig und vielen weiteren Städten
29 erleben mussten, sind sichtbare Zeichen für Vielfalt, Freiheit und Gleichberechtigung
30 wichtiger denn je. Die SPD Sachsen bekennt sich deshalb ausdrücklich zu den CSDs als
31 unverzichtbaren Bestandteil einer offenen, demokratischen, solidarischen und
32 vielfältigen Gesellschaft.
- 33 Die SPD Sachsen kritisiert die Entscheidung der Landesdirektion zur Weisung gegenüber
34 der Stadt Dresden. Wir begrüßen die Feststellung des Sächsischen OVG des
35 Versammlungscharakters des CSD Dresden.

Antrag FSD 01: Europäische digitale Souveränität verteidigen – Abhängigkeiten von den USA beenden

Antragsteller*in:	KV Zwickau
Sachgebiet:	FSD - Finanzen, Staatsmodernisierung und Digitales

- 1 Der Landesparteitag des SPD-Landesverband Sachsen möge beschließen und an die
2 Landtagsfraktion, die SPD-Mitglieder der Landesregierung sowie den SPD-
3 Bundesparteitag weiterleiten:
- 4 1. Die SPD bekennt sich ausdrücklich zur europäischen digitalen Souveränität als
5 Voraussetzung demokratischer, rechtsstaatlicher und handlungsfähiger
6 öffentlicher Verwaltungen.
- 7 2. Die SPD Sachsen setzt sich dafür ein, die Abhängigkeit öffentlicher
8 Einrichtungen von außereuropäischen, insbesondere US-amerikanischen,
9 Digitaldiensten schrittweise zu beenden.
- 10 3. Der Freistaat Sachsen soll sich aktiv an europäischen Initiativen wie EuroStack*
11 beteiligen und deren Aufbau politisch, finanziell und organisatorisch
12 unterstützen.
- 13 4. Digitale Infrastruktur wird als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge verstanden
14 und entsprechend strategisch umgesetzt.
- 15 5. Bei der Beschaffung öffentlicher IT-Lösungen sollen europäische Anbieter,
16 Open-Source-Software und datenschutzkonforme Dienste prioritär berücksichtigt
17 werden.
- 18 6. Digitale Wertschöpfung und Steuerzahlungen sollen möglichst in Deutschland und
19 Europa verbleiben.
- 20 Die SPD-Kreisverbände setzen sich darüber hinaus dafür ein, dass diese Ziele auch auf
21 kommunaler Ebene also in Kreistagen, Gemeinderäten und Stadtverwaltungen aktiv
22 umgesetzt und kontinuierlich weiterverfolgt werden.
- 23 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, entsprechende Anträge im Sächsischen
24 Landtag zu unterstützen bzw. dort selbstständig einzubringen. Die SPD-Mitglieder der
25 Sächsischen Staatsregierung werden aufgefordert entsprechende Initiativen im
26 Bundesrat zu unterstützen.

Antrag FSD 02: Der Sparkurs ist politisch, auch in Sachsen!

Antragsteller*in:	Jusos Sachsen
Sachgebiet:	FSD - Finanzen, Staatsmodernisierung und Digitales

1 Kürzungen im sozialen Bereich, bei Demokratieprojekten und öffentlicher
2 Infrastruktur sind kein Ausdruck „leerer Kassen“, sondern Ergebnis einer
3 Prioritätensetzung, die gesellschaftliche Ungleichheit weiter verschärft.

4 Austerität bedeutet nicht, dass der Staat insgesamt weniger ausgibt. Vielmehr
5 entscheidet sie darüber, wofür öffentliche Mittel eingesetzt werden und für wen.
6 Während bei sozialer Infrastruktur, Bildung, Jugend und demokratischer Teilhabe
7 gekürzt wird, bleiben andere Ausgaben unangetastet oder werden sogar
8 ausgeweitet. Staatliches Handeln wird so gezielt zugunsten wirtschaftlicher und
9 finanzieller Interessen verschoben.

10 Diese Politik wird durch das Narrativ vermeintlicher Sachzwänge legitimiert. Die
11 Vorstellung, öffentliche Haushalte müssten sich wie private Haushalte verhalten,
12 entpolitisiert zentrale Verteilungsfragen und entzieht sie demokratischer
13 Auseinandersetzung. Tatsächlich sind die finanziellen Spielräume des Staates
14 politisch bestimmt und jederzeit veränderbar.

15 Das zeigt sich besonders deutlich an den aktuellen finanzpolitischen
16 Entscheidungen auf Bundesebene: Während die Schuldenbremse für bestimmte
17 Ausgaben ausgesetzt und milliardenschwere Sondervermögen geschaffen werden, wird
18 gleichzeitig an anderer Stelle auf Kürzungen gedrängt. Die Frage ist also nicht,
19 ob öffentliche Mittel vorhanden sind, sondern wofür sie eingesetzt werden.

20 Die Folgen dieser Politik sind gravierend. Der Rückzug des Staates aus zentralen
21 Bereichen der Daseinsvorsorge hat bereits in den vergangenen Jahrzehnten zu
22 massiven strukturellen Defiziten geführt. Privatisierung, Unterfinanzierung und
23 die Orientierung an betriebswirtschaftlichen Logiken haben die Versorgung
24 verschlechtert und soziale Ungleichheit verstärkt und damit den gesellschaftlich
25 erarbeiteten Wohlstand zunehmend von den Vielen zu den wenigen Besitzenden
26 verschoben.

27 Gleichzeitig untergräbt diese Entwicklung die demokratische Stabilität der
28 Gesellschaft. Wachsende Ungleichheit führt zu politischer Entfremdung und
29 schwächt das Vertrauen in demokratische Institutionen. Eine Gesellschaft, in der
30 immer mehr Menschen das Gefühl haben, keinen Einfluss auf ihre Lebensbedingungen
31 zu haben, verliert ihre demokratische Grundlage.

32 Austerität ist nicht nur sozial ungerecht, sondern auch demokratieschädlich. Sie
33 entzieht der öffentlichen Hand die Mittel, um gesellschaftliche Teilhabe zu
34 sichern, und verstärkt gleichzeitig die Machtkonzentration bei wenigen.

35 Auch die Sozialdemokratie steht in diesem Kontext in der Verantwortung. Die
36 Übernahme neoliberaler Politikansätze hat in den vergangenen Jahrzehnten zu
37 einem erheblichen Vertrauensverlust geführt. Eine Politik, die Kürzungen
38 mitträgt, obwohl sie deren gesellschaftliche Folgen kennt, steht im Widerspruch
39 zu ihrem eigenen Anspruch, für soziale Gerechtigkeit und demokratische Teilhabe
40 einzutreten.

Erschwerend kommt hinzu, dass die fortschreitende Machtkonzentration bei wenigen als Folge der Kürzungen zukünftige sozialdemokratische Politik für Jahrzehnte erschwert. Genauer steht sie dieser diametral entgegen. Diese Lehre müssen wir aus der Agendapolitik des beginnenden Jahrtausends ziehen.

Für eine progressive und zukunftsfähige Finanzpolitik

Aus der Analyse ergibt sich für uns ein klares Verständnis von Finanzpolitik: Öffentliche Haushalte sind ein zentrales Instrument demokratischer Gestaltung und entscheiden darüber, wie gesellschaftlicher Wohlstand geschaffen, verteilt und gesichert wird.

Eine solidarische Finanzpolitik orientiert sich daher nicht an der Begrenzung staatlicher Ausgaben, sondern an den gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit. Sie schafft die Voraussetzungen für sozialen Zusammenhalt, demokratische Stabilität und eine erfolgreiche sozial-ökologische Transformation. Daraus leiten wir folgende Grundprinzipien ab:

Investieren statt kürzen.

Öffentliche Investitionen sind keine Belastung, sondern die Grundlage für wirtschaftliche Entwicklung, gesellschaftlichen Fortschritt und ökologische Transformation. Unterlassene Investitionen gefährden langfristig Wohlstand, soziale Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit.

Umverteilung statt wachsender Ungleichheit.

Der gesellschaftlich erarbeitete Wohlstand ist ungleich verteilt. Eine gerechte Finanzpolitik sorgt dafür, dass hohe Vermögen und Kapitaleinkommen stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen, während kleine und mittlere Einkommen entlastet werden.

Daseinsvorsorge stärken statt dem Markt überlassen.

Zentrale Bereiche wie Bildung, Gesundheit, Wohnen, Mobilität und soziale Infrastruktur dürfen nicht nach Profitlogiken organisiert werden. Sie sind Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und müssen verlässlich, zugänglich und demokratisch gestaltet werden.

Demokratie sichern statt Teilhabe abzubauen.

Soziale Sicherheit und öffentliche Infrastruktur sind Voraussetzungen demokratischer Teilhabe. Eine Finanzpolitik, die hier kürzt, gefährdet die Grundlagen unserer Demokratie. Eine progressive Finanzpolitik stärkt daher gezielt jene Bereiche, die gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen.

Dieses Leitbild steht im klaren Gegensatz zu einer Politik der Austerität. Während diese gesellschaftliche Ungleichheit vertieft und demokratische Handlungsspielräume einschränkt, zielt eine progressive Finanzpolitik darauf ab, die wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen einer solidarischen Gesellschaft aktiv zu gestalten.

Ersetzte Zeile 80-115

Der Blick auf Sachsen

Auch in Sachsen wird diese Argumentation insbesondere von der CDU aktuell genutzt. Ein Haushaltsdefizit in Milliardenhöhe trifft auf eine besonders restriktive Schuldenbremse, die die

85 finanziellen Spielräume des Landes stark begrenzt und kurzfristige politische
86 Handlungsmöglichkeiten einschränkt. Eine grundlegende Veränderung dieser
87 Rahmenbedingungen ist unter den bestehenden Mehrheitsverhältnissen im Landtag
88 nur unter sehr hohen politischen Hürden möglich.

89 Auch in Sachsen ist das Haushaltsdefizit kein neutraler Sachverhalt, der
90 zwangsläufig zu Kürzungen führen muss. Es ist Teil eines politisch gesetzten
91 Rahmens, der bestimmte Handlungsmöglichkeiten erschwert, aber keine bestimmte
92 politische Antwort vorgibt.

93 In einer Minderheitsregierung entsteht kein Zwang zur politischen Anpassung,
94 sondern ein erhöhter Bedarf an klarer Positionierung. Wo Mehrheiten organisiert
95 werden müssen, wird sichtbar, ob politische Akteur*innen bereit sind, für
96 soziale Prioritäten zu kämpfen oder Kürzungspolitik mitzutragen.

97 Vor diesem Hintergrund erwarten wir für die kommenden Haushaltsverhandlungen:
98 Die in zentralen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge, der sozialen
99 Infrastruktur und der demokratischen Teilhabe dürfen nicht Bestandteil der
100 Haushaltskonsolidierung sein. Insbesondere Bereiche wie Jugendarbeit,
101 Demokratieprojekte, Bildung und soziale Unterstützung sind keine freiwilligen
102 Leistungen, sondern zentrale Voraussetzungen für gesellschaftlichen Zusammenhalt
103 und demokratische Stabilität.

104 Zugleich müssen wir für die Menschen in Sachsen wirtschaftliche Perspektiven
105 schaffen. Wir brauchen zukunftsfeste und gute Arbeitsplätze und
106 Aufstiegsmöglichkeiten.

107 Die bestehenden Spielräume zur Kreditaufnahme müssen konsequent genutzt werden,
108 um notwendige Investitionen zu sichern. Wo rechtlich möglich, ist eine
109 kreditfinanzierte Investitionspolitik einer Kürzungspolitik vorzuziehen, die
110 langfristig höhere gesellschaftliche und wirtschaftliche Kosten verursacht.

111 Sachsen muss langfristig weiter investieren. Mit dem Sachsenfond haben wir es
112 geschafft für die Kommunen und für die notwendigen Investitionen des Landes
113 langfristig Planungssicherheit zu schaffen.

114 Sondervermögen und Fonds dürfen jedoch nicht als Ersatz für eine nachhaltige und
115 sozial
116 ausgerichtete Haushaltspolitik dienen.

117 Bis 2040 gehen in Sachsen etwa die Hälfte aller Beschäftigten in den Ruhestand, wobei
118 gleichzeitig weniger Menschen auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Ohne einen
119 gut geplanten Verwaltungsumbau und umfassender Digitalisierung werden wir dieser
120 Herausforderung nicht gerecht werden können. Dieser Umbau darf aber nur mit der
121 notwendigen Sicherheit für die Beschäftigten erfolgen.

122 Ein struktureller Abbau staatlicher Handlungsfähigkeit lehnen
123 wir ab. Der Staat muss in der Lage sein, gesellschaftliche Transformation aktiv
124 zu gestalten, statt sich aus zentralen Bereichen zurückzuziehen.

125 Die finanzielle Situation der Kommunen ist gezielt zu stärken. Eine
126 Haushaltspolitik, die Lasten nach unten verlagert, verschärft regionale
127 Ungleichheiten und schwächt demokratische Gestaltung vor Ort. Daher müssen auch
128 Mittel aus der Kreditaufnahme für unsere kommunale Familie genutzt werden. Doch was

129 in Sachsen gilt, muss auch im Bund gelten. „Wer bestellt, bezahlt.“ Wir brauchen
130 daher dringend eine Reform der Finanzbeziehungen zwischen dem Bund, den Ländern und
131 den Kommunen.

Antrag FSD 03: Verwaltung neu ordnen: Für eine zentrale digitale Finanzplattform, vernetzte Leistungsverwaltung und das Once-Only-Prinzip in Deutschland

Antragsteller*in:	KV Vogtland
Sachgebiet:	FSD - Finanzen, Staatsmodernisierung und Digitales

1 Die SPD Sachsen fordern die sozialdemokratischen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger
2 auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene auf, die staatliche Leistungsverwaltung
3 in Deutschland grundlegend zu modernisieren. Ziel ist der Aufbau einer zentralen
4 digitalen Finanzplattform auf Basis der steuerlichen Identifikationsnummer, die
5 bestehende Behörden nicht abschafft, sondern ihre Zusammenarbeit strukturiert,
6 beschleunigt und für Bürgerinnen und Bürger deutlich vereinfacht. Grundlage dieses
7 Ansatzes ist das Prinzip, dass Daten künftig nur einmal erhoben und anschließend mit
8 klarer gesetzlicher Grundlage oder ausdrücklicher Einwilligung der Betroffenen dort
9 genutzt werden, wo sie für die Bearbeitung öffentlicher Leistungen und
10 Verpflichtungen tatsächlich benötigt werden. Eine solche Reform dient dem
11 Bürokratieabbau, der Entlastung der Verwaltung, der besseren Zielgenauigkeit
12 staatlicher Leistungen und der Stärkung von Transparenz und Vertrauen in staatliches
13 Handeln. Sie knüpft an bestehende europäische Entwicklungen zum Once-Only-Prinzip und
14 an nationale Modernisierungsschritte wie den Aufbau des National Once-Only Technical
15 System an.

16 Der Landesparteitag der SPD Sachsen beschließt, sich für die Entwicklung und
17 schrittweise Einführung einer zentralen digitalen Finanzplattform einzusetzen, die
18 als sichere technische Schaltstelle zwischen Finanzverwaltung, Familienkassen,
19 Jobcentern, Wohngeldstellen, Jugendämtern, Kommunen und weiteren zuständigen Stellen
20 fungiert. Diese Plattform soll die bestehende steuerliche Identifikationsnummer als
21 eindeutigen Ordnungsanker nutzen und eine vernetzte Bearbeitung solcher Leistungen
22 ermöglichen, bei denen Einkommen, Haushaltsgröße, Unterhaltsverpflichtungen,
23 Kinderzahl, Wohnkosten oder andere finanzielle Parameter ohnehin bereits eine Rolle
24 spielen. Dazu gehören insbesondere Kindergeld, Kinderzuschlag, Leistungen aus Bildung
25 und Teilhabe, Wohngeld, Grundsicherungsleistungen einschließlich Kosten der
26 Unterkunft und Heizung, steuerliche Freibeträge und Rückerstattungen, Kfz-bezogene
27 Abgaben sowie eine digital unterstützte Unterhaltsabwicklung auf Grundlage
28 bestehender Berechnungen, Titel oder gerichtlicher Entscheidungen. Das Ziel ist eine
29 Verwaltung, in der Bürgerinnen und Bürger ihre Daten nicht immer wieder neu
30 einreichen müssen, in der standardisierbare Leistungen schneller bearbeitet werden
31 und in der die zuständigen Stellen sich stärker auf Prüfung, Beratung und komplexe
32 Einzelfälle konzentrieren können. Die informationelle Selbstbestimmung muss dabei
33 gewahrt bleiben; Zugriffe auf Daten müssen zweckgebunden, nachvollziehbar,
34 protokolliert und soweit erforderlich durch ausdrückliche Einwilligungen der
35 Betroffenen gesteuert werden.

Antrag FSD 04: Die Kunst der Stimme

Antragsteller*in:	Jusos Sachsen
Sachgebiet:	FSD - Finanzen, Staatsmodernisierung und Digitales

und an den Bundesparteitag der SPD weiterleiten:

Die SPD wird dazu aufgefordert auf den zuständigen parlamentarischen Ebenen klare gesetzliche Regulierungen für den Einsatz von künstlichen Stimmen und generativer künstlicher Intelligenz (KI) in Kunst und Medien durchzusetzen.

Dabei sollen verbindliche Regeln geschaffen werden, die den Schutz von Kreativschaffenden gewährleisten und kreative Arbeitsplätze in Kunst, Kultur und Medien langfristig sichert.

Dafür bedarf es unter anderem folgender Maßnahmen:

1. Schutz kreativer Berufe:

Gesetzliche Maßnahmen zum Schutz der Arbeitsplätze im Medien-, Synchronisations-, Übersetzungs- und Kulturbereich vor unreguliertem KI-Einsatz.

2. Kennzeichnungspflicht:

Eine verpflichtende, deutlich sicht- oder hörbare Kennzeichnung von KI-generierten Inhalten (synthetische Stimmen oder Bilder) in audiovisuellen Medien die Deepfakes darstellen bzw. das Potential dazu haben, sowie in allen Texten, die publiziert werden, um die Öffentlichkeit über Angelegenheiten von öffentlichem Interesse zu informieren.

3. Datenschutz und Urheberrechte stärken:

Ein Verbot der Nutzung urheberrechtlich geschützter Werke sowie personenbezogener Daten zum Training generativer KI ohne explizite Einwilligung und angemessene Vergütung der Urheber*innen. Zusätzlich muss gewährleistet werden, dass die Stimmen von Sprecher:innen, Synchronsprecher:innen und anderen professionell Sprechenden nicht ohne ihre ausdrückliche Einwilligung durch KI imitiert oder kommerziell verwertet werden. Das schützt vor Missbrauch und stärkt faire Arbeitsbedingungen in den betroffenen Berufen.

4. Transparenz und Fairness in KI-Systemen:

Die Offenlegung der Trainingsdaten von KI-Modellen, insbesondere solcher, die für künstlerisch-kulturelle Anwendungen eingesetzt werden.

5. Faire Wettbewerbsbedingungen für europäische Kreative und Unternehmen:

Eine europäische Digital- und KI-Politik, die gezielt Kreativschaffende aus Europa stärkt, statt nur internationalen Konzernen Profite zu ermöglichen.

Antrag Ini 01: Die Lausitz als Energieregion der Zukunft stärken – faire Bedingungen beim Ausbau neuer steuerbarer Kraftwerkskapazitäten schaffen

Antragsteller*in:	KV Bautzen
Sachgebiet:	WKU - Wirtschaft, Klima und Umwelt

- 1 dass die Bundesregierung aufgefordert wird, den geplanten regionalen „Südbonus“ im
2 Rahmen des Kraftwerkssicherheitsgesetzes sowie bei zukünftigen Ausschreibungen für
3 neue steuerbare und wasserstofffähige Gaskraftwerke in seiner jetzigen Form zu
4 streichen bzw. so auszugestalten, dass ostdeutsche Strukturwandelregionen –
5 insbesondere die Lausitz und Ostsachsen – nicht benachteiligt werden.
- 6 Die SPD Sachsen setzt sich dafür ein, dass die Lausitz auch nach dem Kohleausstieg
7 eine zentrale Energieregion Deutschlands bleibt und sich als Modellregion für eine
8 integrierte Energie- und Industrietransformation entwickeln kann.
- 9 Dazu fordern wir insbesondere:
- 10 1. Faire und ausgewogene regionale Kriterien für den Zubau neuer steuerbarer
11 Kraftwerkskapazitäten, die Versorgungssicherheit, Netzstabilität, Strukturwandel
12 und industrielle Transformationsbedarfe gleichermaßen berücksichtigen.
 - 13 2. Die Gleichstellung ostdeutscher Energie- und Industrieregionen mit süddeutschen
14 Standorten bei Ausschreibungen und Förderkulissen für wasserstofffähige
15 Gaskraftwerke unter der nachhaltigen Nutzung bestehender Energiestandorte bei
16 Umrüstung und Neubau.
 - 17 3. Die ausdrückliche Berücksichtigung der Lausitz als strategischer Energiestandort
18 Deutschlands im zukünftigen Kraftwerksdesign.
 - 19 4. Eine enge Verzahnung des Kraftwerksausbaus mit dem Aufbau der
20 Wasserstoffwirtschaft unter der Voraussetzung einer gesicherten und bezahlbaren
21 Versorgung sowie technologieoffener Übergangsregelungen, moderner
22 Speichertechnologien, industrieller Wertschöpfung und bestehender
23 Netzinfrastruktur in Ostsachsen.
 - 24 5. Die Sicherstellung, dass Regionen, die die Hauptlasten des Kohleausstiegs
25 tragen, auch künftig industrielle Perspektiven, hochwertige Arbeitsplätze und
26 energiewirtschaftliche Wertschöpfung behalten.
 - 27 6. Eine Energiepolitik, die gleichwertige Entwicklungschancen in allen Regionen
28 Deutschlands gewährleistet und neue strukturelle Ungleichgewichte vermeidet.

Antrag WKU 01: Aufbau einer bundeseinheitlichen Infrastruktur zur Auszahlung eines Klimageldes

Antragsteller*in:	PG Energie, Klima und Umwelt
Sachgebiet:	WKU - Wirtschaft, Klima und Umwelt

Der Landesparteitag möge folgenden Antrag beschließen und an den Bundesparteitag, die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung sowie an die SPD-Bundestagsfraktion weiterleiten:

Die SPD setzt sich auf allen politischen Ebenen dafür ein, schnellstmöglich die infrastrukturellen und politischen Voraussetzungen für die Auszahlung eines Klimageldes an die Bevölkerung in Deutschland zu schaffen. Ziel ist die Etablierung eines einfachen, datenschutzkonformen und flächendeckenden Auszahlungssystems, das eine direkte Pro-Kopf-Rückverteilung der Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung ermöglicht und insbesondere Haushalte mit geringem und mittlerem Einkommen wirksam entlastet. Angesichts der aktuellen Energiekrise aufgrund des Iran-Krieges und des Ukraine-Krieges und des Scheiterns der 1.000€-Entlastungsprämie ist Eile geboten.

Die SPD-Bundestagsfraktion sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung werden aufgefordert, auf Grundlage dieses Beschlusses unverzüglich die notwendigen gesetzlichen, administrativen und haushalterischen Maßnahmen auf den Weg zu bringen und einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen.

1. Zielsetzung

Die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung sind vorrangig zur Entlastung der Bevölkerung zu verwenden und sollen perspektivisch vollständig und transparent an die Bürgerinnen und Bürger zurückgegeben werden. Ein Klimageld stellt sicher, dass insbesondere Haushalte mit geringem und mittlerem Einkommen finanziell entlastet werden, da diese im Durchschnitt geringere CO₂-Emissionen verursachen und somit überproportional profitieren.

2. Grundprinzipien der Umsetzung

Das Auszahlungssystem ist nach folgenden Leitprinzipien auszugestalten:

- Einfachheit und Verständlichkeit für alle Bürgerinnen und Bürger
- Automatisierte Auszahlung ohne Antragserfordernis
- Strikte Einhaltung datenschutzrechtlicher Vorgaben (insbesondere Zweckbindung und Datensparsamkeit)
- Nutzung und Weiterentwicklung bestehender staatlicher Strukturen
- Vorrang der schnellen und flächendeckenden Umsetzbarkeit

3. Gesetzliche Grundlage

Die Bundesregierung wird aufgefordert, unverzüglich eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, die:

- die, sofern praktikabel, die Nutzung der Steuer-ID für Zwecke der Auszahlung eines Klimageldes erlaubt
- die Speicherung und Verarbeitung der IBAN ausschließlich zu diesem Zweck regelt
- die Einhaltung datenschutzrechtlicher Vorgaben (insbesondere Zweckbindung,

Datensparsamkeit und Ausschluss anderweitiger Nutzung) sicherstellt

- die regelmäßige Auszahlung des Klimageldes verbindlich festschreibt

4. Finanzierung und Priorisierung

Die Finanzierung des Klimageldes erfolgt aus den Einnahmen der CO₂-Bepreisung. Diese Mittel sind vorrangig für die Rückverteilung an die Bevölkerung zu verwenden.

Die notwendigen haushalterischen Mittel für den Aufbau und Betrieb der Auszahlungsinfrastruktur sind im Bundeshaushalt bereitzustellen.

5. Umgang mit Sonderfällen

Für Personen ohne hinterlegte Kontoverbindung oder ohne Zugang zu digitalen Verfahren sind ergänzende Lösungen vorzusehen:

- Nutzung bestehender Auszahlungswege (z. B. Rentenzahlungen oder Familienleistungen)
- Unterstützung bei der Einrichtung eines Basiskontos
- barrierefreie Zugangsmöglichkeiten über öffentliche Stellen

78. Zeitplan und Umsetzungsauftrag

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Umsetzung mit hoher Priorität voranzutreiben und folgende Schritte einzuleiten:

- innerhalb von 6 Monaten: Schaffung der gesetzlichen Grundlage und Aufbau der zentralen Auszahlungsstelle
- innerhalb von 12 Monaten: Beginn der ersten Auszahlungen an bereits erfasste Personen
- innerhalb von 18 Monaten: weitgehende Vollabdeckung der Bevölkerung

Die Umsetzung hat noch in dieser Legislaturperiode zu erfolgen.

Antrag WKU 02: Netzzugang fair gestalten: Flexible Netzan Anschlüsse, Transparenz und Speicherintegration für den beschleunigten Ausbau der Photovoltaik

Antragsteller*in:	OV Bautzen
Sachgebiet:	WKU - Wirtschaft, Klima und Umwelt

- 1 Die SPD setzt sich auf Landes- und Bundesebene für eine Reform der
2 Netzan Anschlussregeln ein, um den Ausbau erneuerbarer Energien – insbesondere der
3 Photovoltaik – auch in Regionen mit bestehenden Netzengpässen zu ermöglichen. Ziel
4 ist ein gerechter, transparenter und zukunftsfähiger Netzzugang, der Investitionen
5 nicht ausbremst, sondern intelligent steuert.
- 6 In Regionen wie dem Landkreis Görlitz sowie in Teilen des Landkreises Bautzen ist
7 bereits heute konkret zu beobachten, dass größere Photovoltaikanlagen aufgrund von
8 Netzengpässen nicht mehr an das Stromnetz angeschlossen werden können. Dies betrifft
9 insbesondere landwirtschaftliche Betriebe und mittelständische Unternehmen, die
10 bereit sind, in erneuerbare Energien zu investieren, derzeit jedoch durch bestehende
11 Regelungen ausgebremst werden.
- 12 Vor diesem Hintergrund sollen folgende Maßnahmen umgesetzt werden:
- 13 1. Einführung flexibler Netzan Anschlussmodelle (FCA – Flexible Connection
14 Agreements):^[1]
Netzan Anschlüsse für Photovoltaikanlagen sollen grundsätzlich ermöglicht
15 werden, auch wenn die Netzkapazität lokal begrenzt ist. Die Einspeisung kann dabei
16 temporär und netzdienlich durch den Netzbetreiber reduziert werden, wenn Engpässe
17 auftreten. Ein generelles Anschlussverbot aufgrund lokaler Netzengpässe ist zu
18 vermeiden.
- 19 2. Recht auf Netzan Anschluss mit klar definierten Auflagen:^[2]
Es soll im Rahmen des
20 Netzpakets ein gesetzlich verankertes „Anschlussrecht mit Einschränkungen“ eingeführt
21 werden. Dabei werden transparente und planbare Rahmenbedingungen geschaffen, unter
22 denen Anlagenbetreiber ihre Einspeisung begrenzen müssen.^[3]
Beispielsweise kann
23 festgelegt werden, dass die Einspeisung an einer begrenzten Anzahl von Tagen im Jahr
24 – etwa bis zu 10 Tagen – in definierten Zeitfenstern (z. B. zwischen 12 und 16 Uhr)
25 reduziert werden darf, um Netzspitzen zu vermeiden. Erfolgt eine Abregelung über die
26 Tage hinaus, ist eine angemessene Entschädigung vorzusehen.
- 27 3. Verpflichtende Transparenz der Netzkapazitäten:^[4]
Verteilnetzbetreiber werden
28 verpflichtet, öffentlich und digital zugänglich darzustellen:
- 29 • verfügbare Netzkapazitäten je Netzabschnitt,
 - 30 • bestehende Engpässe und deren Ursachen,
 - 31 • mögliche Anschlussleistungen unter verschiedenen Betriebsmodellen (z. B.
32 statisch oder flexibel).^[5]
- 33 Ziel ist eine nachvollziehbare, diskriminierungsfreie
und planbare Anschlussentscheidung.

34 4. Klare Regeln für den Einsatz von Batteriespeichern: [?]

Batteriespeicher sollen

35 gezielt zur Entlastung der Netze beitragen. Es ist sicherzustellen, dass Speicher
36 netzdienlich betrieben werden. [?]

Dies bedeutet beispielsweise, dass in Zeiten hoher

37 Einspeisung (z. B. zur Mittagszeit bei starker Sonneneinstrahlung) kein zusätzlicher
38 Strom aus dem Speicher in das Netz eingespeist wird, auch wenn kurzfristig
39 wirtschaftliche Anreize (z. B. niedrige Börsenstrompreise) bestehen. Stattdessen
40 sollen Speicher gezielt zur Glättung von Einspeisespitzen und zur zeitlichen
41 Verschiebung der Einspeisung genutzt werden.

42 5. Standardisierung digitaler Steuerung und Schnittstellen: [?]

Es sind bundesweit

43 einheitliche technische Standards für die netzdienliche Steuerung von
44 Einspeiseanlagen und Speichern zu etablieren (z. B. über Smart-Meter-Infrastruktur),
45 um flexible Netzanschlüsse praktikabel und skalierbar umzusetzen.

46 6. Beschleunigung des Netzausbaus und vorausschauende Planung: [?]

Parallel zur besseren

47 Nutzung bestehender Netze ist der Ausbau der Verteilnetze zu beschleunigen.
48 Netzbetreiber sollen zu einem vorausschauenden und bedarfsgerechten Ausbau
49 verpflichtet werden, insbesondere in Regionen mit hohem Ausbaupotenzial erneuerbarer
50 Energien.

51 7. Stärkung von Bürger*innenenergie und kommunaler Wertschöpfung:

52 Die Energiewende muss auch demokratisch und sozial gestaltet werden. Deshalb sollen
53 Bürger*innenenergiegenossenschaften, kommunale Energieversorger*innen und andere
54 gemeinwohlorientierte Akteur*innen beim Zugang zu Netzanschlüssen und
55 Förderprogrammen besonders berücksichtigt werden. Die Kommunen sind angemessen an der
56 durch erneuerbare Energien entstehenden Wertschöpfung zu beteiligen. Ziel ist es, die
57 Akzeptanz der Energiewende zu stärken, regionale Wirtschaftskreisläufe zu fördern und
58 die demokratische Kontrolle über die Energieversorgung gegenüber rein
59 privatwirtschaftlichen Strukturen auszubauen.

60 **Beschlussfassung:** [?]

Der Landesparteitag beauftragt die SPD-Landtagsfraktion sowie die
61 SPD-Bundestagsfraktion, entsprechende Initiativen auf Landes- und Bundesebene
62 einzubringen.

Antrag WKU 03: Beendigung fortwirkender Sonderrechte beim Kies- und Sandabbau und Stärkung der Eigentumsrechte

Antragsteller*in:	KV Meißen
Sachgebiet:	WKU - Wirtschaft, Klima und Umwelt

1 Die SPD Sachsen setzt sich auf Landes- und Bundesebene für eine faire, transparente
2 und nachhaltige Rohstoffgewinnung ein, die sowohl die Versorgung mit heimischen
3 Rohstoffen als auch die Rechte der betroffenen Grundstückseigentümer und den Schutz
4 von Natur und Landschaft berücksichtigt.

5 Hierzu sollen

6

- 7 • die fortwirkenden Gewinnungsrechte für Kies und Sand aus DDR-Zeiten sowie aus
8 übergeleiteten Altberechtigungen rechtlich überprüft und dort, wo dies unter
9 Wahrung von Eigentumsgarantie und Vertrauensschutz möglich ist, durch geeignete
10 Übergangsregelungen perspektivisch beendet werden;
- 11 • bestehende Unterschiede bei Eigentums- und Nutzungsrechten infolge fortwirkender
12 Altberechtigungen überprüft und soweit rechtlich möglich schrittweise abgebaut
13 werden;
- 14 • die Beteiligungs- und Einflussmöglichkeiten betroffener Grundstückseigentümer
15 bei Genehmigungs- und Planungsverfahren deutlich gestärkt und frühzeitig
16 verbindlich ausgestaltet werden;
- 17 • geeignete gesetzliche Regelungen geprüft werden, die eine angemessene
18 wirtschaftliche Beteiligung betroffener Grundstückseigentümer am Rohstoffabbau
19 ermöglichen;
- 20 • die Transparenz von Genehmigungsverfahren verbessert sowie eine frühzeitige
21 Einbindung von Kommunen, Eigentümern und Anwohnern sichergestellt werden;
- 22 • ein bundesweit nachvollziehbarer und transparenter Rechtsrahmen für die
23 Gewinnung von Kies und Sand geschaffen werden, der Eigentumsrechte wahrt,
24 Rohstoffversorgung sichert und Planungssicherheit gewährleistet. Bei der
25 räumlichen Steuerung des Kies- und Sandabbaus ist sicherzustellen, dass
26 bestehende und noch nicht erschöpfte Lagerstätten möglichst ressourcenschonend
27 genutzt werden. Es soll vermieden werden, dass Abbauvorhaben lediglich verlagert
28 werden und dadurch zusätzliche Eingriffe in bislang unbelastete Natur- und
29 Landschaftsräume entstehen.

Antrag WKU 04: Kurshalten bei der Energiewende - gerade jetzt, gerade in Sachsen

Antragsteller*in:	OV Bautzen, PG Energie, Klima und Umwelt
Sachgebiet:	WKU - Wirtschaft, Klima und Umwelt

- 1 Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an die entsprechenden
2 Gliederungen weiterleiten:
- 3 Die SPD Sachsen steht zum eingeschlagenen Weg einer konsequenten Energiewende als
4 zentralem Projekt für Klimaschutz, industrielle Wertschöpfung, soziale Sicherheit und
5 geopolitische Souveränität. Die Energiewende wird gegenwärtig insbesondere von der
6 politischen Rechten ins Kreuzfeuer genommen. Die aktuellen Kriege im Iran und in der
7 Ukraine zeigen jedoch eindringlich, wie abhängig unsere Wirtschaft von autokratischen
8 Regimen ist und wie dringend die Wirtschaft von fossilen Energieträgern unabhängig
9 werden muss - auch bei uns in Sachsen.
- 10 Sachsen ist heute noch ein Energieland und wir wollen, dass das auch so bleibt.
- 11 Die politisch geschürte Verunsicherung in Teilen der Bevölkerung, im produzierenden
12 Gewerbe und in großen Industriebetrieben stellt diese Perspektive jedoch ernstlich in
13 Frage. Fehlende Planungssicherheit ist jedoch Gift für Investitionen und Innovationen
14 und lässt diejenigen sächsischen Kommunen und Unternehmen buchstäblich im Regen
15 stehen, die sich bereits auf den Weg gemacht haben.
- 16 Für uns ist klar: Die Zukunft der Energieversorgung ist erneuerbar und wer den
17 Anschluss verpasst, gefährdet Industrie, Wertschöpfung und Wohlstand.
- 18 Aus diesem Grund fordern wir: Energiewende stabil gegen den rechten Kulturkampf
19 verteidigen.
- 20 Die Angriffe auf Windkraft, Solarenergie, Elektromobilität und klimaneutrale
21 Industrie sind längst Teil eines politischen Kulturkampfes von Rechtsaußen. Es ist
22 das altbekannte Playbook der extremen Rechten: Unsicherheiten sähen, Ängste schüren
23 und vermeintlich einfache Lösungen präsentieren. Ob Migration, Corona oder Windräder:
24 Die Themen des organisierten Wutbürgertums sind austauschbar und richten sich gegen
25 alles, was vermeintlich "woke" ist. Der Hass gefährdet unsere Zukunft - nicht nur
26 abstrakt, sondern auch hier und heute vor Ort. Vermehrt lehnen Gemeinderäte Anträge
27 von örtlichen Industrie- und Gewerbebetrieben zur Eigenversorgung ihrer Produktion
28 mit Strom aus erneuerbaren Energiequellen aus ideologischen Gründen ab.
- 29 Wer Unternehmen im Kampf gegen vermeintliche "woke" Ideologien die Investitionen in
30 Eigenversorgung verbietet, gefährdet Arbeitsplätze, Wettbewerbsfähigkeit und den
31 Industriestandort Sachsen.
- 32 Die Verhinderung von Windrädern und die Verzögerung der Energiewende insgesamt nützt
33 niemanden. Eine dezentrale Energieerzeugung aus Sonne und Wind legt die Einnahmen in
34 kommunale Hände, empowert die Bürgerinnen und Bürger vor Ort und minimiert das Risiko
35 von Volatilität. Zugleich verhindert sie, dass jährlich 80 Mrd. Euro (bundesweit) für
36 fossile Rohstoffe ins Ausland abfließen, und fördert stattdessen die mittelständische
37 Energiewirtschaft in Sachsen. Das ist im Sinne und im Interesse der SPD Sachsen und
38 ihrer Wählerinnen und Wähler.
- 39 Deshalb fordern wir:

- die Unterstützung von Industrie und Gewerbe bei der Eigenversorgung mit Strom durch die Nutzung aller politischen und rechtlichen Spielräume.
- die Beibehaltung der Funktion der Sächsische Energieagentur - SAENA als gezielte Kommunikations-, Beratungs- und Beteiligungsagentur für die sächsische Energiewende;
- die konsequente Beibehaltung des bundesweiten 2%-Flächenziels für Windenergie bis 2032 sowie die Sicherstellung rechtssicherer, sozial gerechter und ausgewogener Regionalpläne Wind bis spätestens 2027;

Fossile Interessen dürfen die Transformation nicht blockieren

Für uns ist klar: Der europäische Emissionshandel bleibt ein zentrales Instrument für Klimaschutz und industrielle Modernisierung. Gerade in Zeiten geopolitischer Unsicherheit wäre ein Rückschritt in fossile Abhängigkeiten fatal. Dabei bleibt für uns der Erhalt von tarifgebundenen Industriearbeitsplätzen in Sachsen aber zentral. Daraus folgt für uns, dass jede unnötige Verzögerung oder Aufweichung von Instrumenten, die der Reduktion von Treibhausgasen dienen, zu verhindern ist. Denn mit dem Klima kann man nicht verhandeln.

Angesichts des gewollten Anstiegs des CO₂-Preises brauchen wir einen sozialen Ausgleich. Das Klimageld ist ein solches Instrument, das insbesondere Menschen mit geringem CO₂-Fußabdruck finanziell entlasten kann. Kostensteigerungen dürfen nicht einseitig auf Verbraucherinnen und Verbraucher abgewälzt werden. Die Akzeptanz der Energiewende hängt entscheidend davon ab, dass sie sozial gerecht organisiert wird.

Ebenso stehen wir zum Kohleausstieg. Die Lausitz bleibt für uns darüber hinaus Energieregion und Industriestandort. Dafür braucht es entschlossene Investitionen in neue Infrastruktur und moderne wasserstofffähige Kraftwerkskapazitäten als Brücke in eine postfossile Wirtschaft ab 2045.

Deshalb fordern wir:

- ein klares Bekenntnis zum europäischen Emissionshandel ETS 1 und 2 sowie die entschiedene Zurückweisung unnötiger Versuche, diesen auf Landes-, Bundes- oder europäischer Ebene auszusetzen, zu verzögern oder abzuschwächen;
- dass sozialdemokratische Regierungen und Fraktionen auch gegenüber (gewerkschaftlichen) Bündnispartnern und Interessenverbänden an diesem Kurs festhalten;
- die zügige Umsetzung der Kraftwerksstrategie des Bundes einschließlich dem Bau eines modernen und wasserstofffähigen Gaskraftwerks in der Lausitz und im mitteldeutschen Revier;
- die Weiterentwicklung der europäischen Net Zero Valley-Strategie für industrielle Wertschöpfung, Innovation und gute Arbeit in der Transformationsregion Lausitz.

Infrastruktur ausbauen statt Energiewende ausbremsen

Die Energiewende hängt derzeit nicht am Mangel erneuerbarer Energien, sondern zunehmend an fehlender Netzinfrastruktur und zu langsamen Ausbau.

Es darf nicht sein, dass die Kosten dieser Versäumnisse einseitig den Verbraucherinnen und Verbrauchern aufgebürdet werden.

83 Deshalb fordern wir:

- 84 • einen beschleunigten Ausbau der Stromnetz- und Speicherinfrastruktur;
- 85 • eine stärkere Koordinierung von Energie-, Industrie- und Infrastrukturpolitik;
- 86 • den Einsatz der Sächsischen Staatsregierung auf Bundesebene für eine faire
- 87 Finanzierung der Netzkosten;
- 88 • dass die Kosten des notwendigen Infrastrukturausbaus nicht überproportional auf
- 89 private Haushalte umgelegt werden.

Antrag KVV 01: Bezahlbar wohnen – attraktive Lebensbedingungen im ländlichen Raum stärken

Antragsteller*in:	KV Leipzig
Sachgebiet:	KVV - Kommunales, Verkehr und Wohnen

- 1 Die SPD setzt sich ein für:
- 2 ☐ Ausbau des sozialen Wohnungsbaus auch außerhalb der (sächsischen)
- 3 Großstädte
- 4 ☐ gezielte Förderung von Wohnungen und Erwerb von Wohneigentum für
- 5 unterschiedliche Lebenslagen und Größen (junge Menschen, Familien,
- 6 barrierefreie Wohnungen, Mehrgenerationen usw.)
- 7 ☐ Aktivierung von Leerstand im Umland
- 8 ☐ bessere Verkehrsanbindung zwischen Stadt und Land

Antrag KVV 02: Förderung und Umsetzung der Elektrifizierung der Bahnstrecken in Ostsachsen

Antragsteller*in:	OV Bautzen
Sachgebiet:	KVV - Kommunales, Verkehr und Wohnen

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen und an die SPD Landtagsfraktion weiterleiten,
2 dass sie sich dafür einsetzen, in Sachsen den schienengebundenen ÖPNV stärker zu
3 fördern als bisher. Konkret geht es hierbei um eine Planungsbeschleunigung und
4 Umsetzung für die zeitnahe Elektrifizierung der Eisenbahnstrecke
5 Dresden–Bischofswerda–Bautzen–Görlitz mit Anschluss an unser Nachbarland Polen, sowie
6 den Ausbau und Elektrifizierung der Strecke von Görlitz über Zittau nach Liberec in
7 unser Nachbarland Tschechien.
- 8 Es ist im Rahmen des Klimaschutzes dringend geboten, die durch Verbrennungsmotoren
9 getriebene Mobilität – auch im schienengebundenen ÖPNV – zu verringern und auf
10 abgasarme Varianten, wie die elektrisch betriebene Eisenbahn zu setzen. Damit könnte
11 nicht nur die stark befahrene A4 entlastet, sondern auch ein entscheidender Beitrag
12 zur Erreichung der Klimaziele geleistet werden.

Antrag KVV 03: Damit Politik vor Ort funktioniert: Kommunen finanzieren, Verfahren beschleunigen, Sicherheit stärken

Antragsteller*in:	UB Chemnitz
Sachgebiet:	KVV - Kommunales, Verkehr und Wohnen

Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen:

Vor Ort entscheidet sich, ob Politik funktioniert: ob Betreuung verlässlich ist, ob ein Bescheid verständlich und rechtzeitig kommt, ob Busse fahren, ob ein Bauantrag planbar bearbeitet wird, ob Feuerwehr und Katastrophenschutz einsatzfähig sind. Staatlichkeit wird im Alltag gemessen – an Zeit, Erreichbarkeit und Verlässlichkeit.

In Sachsen wachsen Anforderungen an Kommunen seit Jahren schneller als Mittel, Personal und praxistaugliche Abläufe. Aufgaben werden vor Ort umgesetzt – aber zu oft ohne auskömmliche Budgets, ohne ausreichende Stellen und mit Verfahren, die Projekte und Entscheidungen verzögern. Das bremst auch wirtschaftliche Entwicklung: Wenn Genehmigungen dauern oder Zuständigkeiten unklar sind, bleiben Investitionen liegen und gute Arbeit entsteht nicht. Diese Schieflage schwächt kommunale Selbstverwaltung und untergräbt Vertrauen in Demokratie.

Die SPD Sachsen steht fest an der Seite der Kommunen. Wir begrüßen deshalb die durch die sächsische Regierungskoalition vorgeschlagenen Reformen zur Neuausrichtung der Finanzpolitik und Staatsmodernisierung, insbesondere mit Blick auf die Stärkung der Kommunen.

Mit der Neuausrichtung der Finanzpolitik setzten wir ein klares Zeichen an die kommunale Familie. Die Kommunen erhalten mind. 60% der Investitionsmittel aus dem Sachsenfonds. Mit dem neuen FAG sollen Kommunen finanziell besser ausgestattet und insbesondere bei den Sozialleistungen entlastet werden.

Die umfangreichen Maßnahmen zur Staatsmodernisierung stellen ebenfalls die Kommunen in den Mittelpunkt. Auf Grundlage des Abschlussberichts der Reformkommission zu Stärkung der kommunalen Freiheit soll noch dieses Jahr erste konkrete Gesetzesänderungen auf den Weg gebracht werden.

Im weiteren Prozess wird die SPD Sachsen insbesondere auf folgende drei Punkte achten:

I. Kommunalfinanzen & Konnexität: Aufgaben nur mit voller Finanzierung

- Konnexität konsequent und praktisch durchsetzen: Bei allen Landesgesetzen, Verordnungen, Standards und Förderauflagen gilt: Wer Aufgaben auslöst oder erweitert, finanziert vollständig – inklusive Folgekosten (Personal, IT, Sachkosten, Standards, Berichtspflichten).

- Verbindliche Folgekostenprüfung mit Umsetzungspflicht: Der Freistaat Sachsen führt eine standardisierte Folgekosten- und Vollzugstauglichkeitsprüfung ein, die bindend in Gesetzgebung, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften einfließt.

- Kommunalen Finanzausgleich (KFA) stärken und planbarer machen: Der KFA ist so weiterzuentwickeln, dass Kommunen ihre Aufgaben erfüllen, Personal halten und Investitionen planen können. Ziel ist Planbarkeit über mehrere Jahre statt kurzfristiger Unsicherheit.

- Investitionsstau abbauen – mehrjährig und fördergerecht: Landesprogramme für Schulen/ Kitas, Straßen/Brücken, ÖPNV, Verwaltungsgebäude sowie digitale Netze werden mehrjährig planbar ausgestaltet. Kofinanzierungsregeln sind so zu gestalten, dass finanzschwache Kommunen nicht systematisch ausgeschlossen werden. Notwendige Investitionen in kommunale Infrastruktur und Daseinsvorsorge dürfen nicht durch Kürzungen in anderen sozialen Bereichen finanziert werden. Bestehende finanzielle Spielräume sind konsequent zu nutzen.
- Kommunale Selbstverwaltung schützen: Die SPD Sachsen setzt sich dafür ein, dass Aufsicht und Haushaltssteuerung kommunale Handlungsfähigkeit sichern statt sie durch reine Kürzungslogiken weiter einzuengen. Die Stärkung kommunaler Handlungsfähigkeit setzt gute Arbeitsbedingungen, ausreichende Personalausstattung sowie attraktive Beschäftigungsbedingungen im öffentlichen Dienst voraus.

II. Staatsmodernisierung in Sachsen: Bau/Gewerbe, Förderpraxis, Vergabe – Wirkung statt Papier

- Bau- und Gewerbeverfahren beschleunigen, ohne Schutzstandards zu schleifen: Bauanträge, Umnutzungen und Ansiedlungen sind durch klare Zuständigkeiten, Parallelisierung von Beteiligungen, Standardlösungen/Typengenehmigungen (wo rechtssicher möglich) und verlässliche Fristen zu beschleunigen.
- Transparente, digitale Genehmigungsprozesse: Antragstellende – Bürger*innen wie Betriebe – müssen nachvollziehen können, wo ein Vorgang liegt, wer zuständig ist und was fehlt (Status-Transparenz statt Schleifen).
- Landesförderung vereinfachen: Förderprogramme werden standardisiert (einheitliche Logiken, Pauschalen/Standardkostensätze, vereinfachte Nachweise, stärker stichprobenbasierte Prüfungen). Ziel: weniger Dokumentationslast, mehr Umsetzungsgeschwindigkeit.
- Vergabe praxistauglicher machen: Wo rechtssicher möglich, sind Routinebeschaffungen zu vereinfachen (Rahmenverträge, Kooperationen, Standardisierung), ohne Transparenz und Wettbewerb zu schwächen.
- Once-Only als Landesstandard: Was Verwaltung bereits weiß, soll nicht mehrfach abgefragt werden. Der Freistaat schafft dafür landesweite Standards, Schnittstellen und Unterstützung für kommunale IT. Die Einführung digitaler Verwaltungsstandards darf keine Verschlechterung des Datenschutzes zur Folge haben und muss bevorzugt auf Open-Source-Lösungen basieren.

III. Sicherheit & Resilienz: Einsatzfähigkeit vor Ort verlässlich stärken

- Mehrjährige Investitionslinien für Feuerwehr und Katastrophenschutz: Fahrzeuge, Geräte, Liegenschaften, Ausbildung, Digitalisierung und Kommunikation werden planbar finanziert.
- Krisenvorsorge als Infrastruktur aufbauen: Warnsysteme, Notstrom, digitale Redundanzen und Schutz kritischer Infrastruktur werden gemeinsam mit Kommunen systematisch weiterentwickelt.

82 Auftrag / Umsetzung

- 83 • Der Landesvorstand wird beauftragt, die Beschlusslage in
84 Regierungshandeln, Landtagsarbeit und kommunalen Dialog zu überführen, • jährlich
85 über Fortschritte zu berichten (z . B.
86 Verfahrenslaufzeiten, Fördermittelvereinfachung, Investitionsumsetzung, Ausstattung
87 Sicherheit),
88 • und – wo erforderlich – über den Bundesrat bzw. SPD-Bundesgremien
89 flankierende Reformen anzustoßen.

Antrag KVV 04: Finanzmittel für einen Entschuldungsfonds zu Gunsten Kommunal- und Genossenschaftlicher Wohnungsgesellschaften

Antragsteller*in:	OV Olbernhau
Sachgebiet:	KVV - Kommunales, Verkehr und Wohnen

- 1 Die SPD Landtagsfraktion wird beauftragt, sich dafür einzusetzen, dass ab dem
- 2 Doppelhaushalt 2027/28 Finanzmittel für einen Entschuldungsfonds zu Gunsten
- 3 Kommunal- und Genossenschaftlicher- Wohnungsgesellschaften bereitgestellt werden.
- 4 Eine schnellstmögliche Entschuldung der Gesellschaften streben wir an.

Antrag EI 01: Europäische Investitionsoffensive für Klimaschutz und erneuerbare Energien durch gemeinsame europäische Anleihen

Antragsteller*in:	PG Energie, Klima und Umwelt
Sachgebiet:	EI - Europa und Internationales

- 1 Die SPD Sachsen setzt sich auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene für die
2 Schaffung eines dauerhaften europäischen Investitionsinstruments ein, das durch den
3 EU-Haushalt und bei Bedarf über gemeinsame Anleihen finanziert wird und gezielt
4 Investitionen in Klimaschutz, erneuerbare Energien und die dafür notwendige
5 Infrastruktur ermöglicht.
- 6 Hierzu sollen insbesondere folgende Maßnahmen umgesetzt werden:
- 7 1. Einrichtung eines europäischen Klimainvestitionsfonds, der bestehende
8 Instrumente wie den Innovation Fund, den Modernisation Fund, InvestEU und STEP
9 bündelt, und die klimapolitischen Investitionen über die EU-Strukturfonds
10 ergänzt und deutlich ausweitet.
 - 11 2. Prioritärer Ausbau von Stromnetzen und Speichern, insbesondere in Regionen mit
12 bestehenden Netzengpässen, um die Integration erneuerbarer Energien zu
13 beschleunigen und Abregelungen zu vermeiden;
 - 14 3. Sozial ausgewogene Mittelverteilung, um strukturschwache Regionen gezielt zu
15 unterstützen und eine gerechte Transformation sicherzustellen;
 - 16 4. Schaffung verlässlicher Investitionsrahmenbedingungen, die Planungssicherheit
17 für öffentliche und private Akteure gewährleisten und zusätzliche private
18 Investitionen mobilisieren;
 - 19 5. Weiterentwicklung bestehender europäischer Instrumente, insbesondere des
20 Programms NextGenerationEU, hin zu einem dauerhaften Investitionsmechanismus für
21 die ökologische Transformation.
- 22 Verbindlicher Umsetzungsauftrag an die Bundesebene:
- 23 Die SPD auf Bundesebene wird aufgefordert,
- 24 1. sich innerhalb der Bundesregierung sowie in der SPD-Bundestagsfraktion aktiv für
25 die Einführung eines dauerhaften europäischen Klimainvestitionsfonds
26 einzusetzen, der durch gemeinsame europäische Anleihen finanziert wird;
 - 27 2. auf europäischer Ebene konkrete Initiativen zur Weiterentwicklung des Programms
28 NextGenerationEU in ein dauerhaftes Investitionsinstrument einzubringen;
 - 29 3. im Rahmen der anstehenden Verhandlungen zur EU-Finanz- und Haushaltsarchitektur
30 sowie zur Reform der europäischen Fiskalregeln entsprechende Vorschläge
31 vorzulegen und aktiv für Mehrheiten unter den Mitgliedstaaten zu werben;
 - 32 4. sich für eine Umsetzung noch innerhalb der laufenden europäischen
33 Legislaturperiode einzusetzen;
 - 34 5. dem Parteivorstand der SPD Sachsen regelmäßig über den Stand der Umsetzung und
35 die erreichten Fortschritte zu berichten.

Antrag EI 02: Europaweit faire, sichere und digitale Rahmenbedingungen für den Straßengüterfernverkehr schaffen

Antragsteller*in:	KV Vogtland
Sachgebiet:	EI - Europa und Internationales

1 Die SPD Sachsen fordern die sozialdemokratischen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger
2 auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene auf, sich für eine umfassende
3 Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen im europäischen Straßengüterfernverkehr und
4 für Mithaftung von Frachtführern einzusetzen.

5 Ziel ist die Schaffung eines einheitlichen, digitalen und sozial gerechten Systems
6 innerhalb der Europäischen Union, das die Arbeitsbedingungen der Fernfahrerinnen und
7 Fernfahrer verbessert, Bürokratie reduziert und gleichzeitig Verkehrssicherheit sowie
8 faire Wettbewerbsbedingungen stärkt.

9 Forderungen

10 **1. Einheitlicher europäischer Vollzugsrahmen**

11 **2. EU-weites digitales Dokumentensystem**

12 Die bestehenden EU-Regelungen zu Lenk- und Ruhezeiten, Kontrollen und
13 Sicherheitsanforderungen sollen nicht nur formal harmonisiert, sondern in ihrer
14 praktischen Anwendung vereinheitlicht werden.

15 Kontrollen durch Polizei, Zoll und andere Behörden müssen europaweit nach
16 einheitlichen Standards erfolgen, um Rechtsunsicherheiten und unterschiedliche
17 Auslegungspraxen zu beenden.

18 Die Einführung eines zentralen, interoperablen und zertifizierten digitalen Systems
19 für alle relevanten Transport- und Fahrerdokumente ist konsequent voranzutreiben.

20 Dieses System soll:

- 21 • Alle notwendigen Dokumente (Frachtpapiere, Fahrerqualifikationen, Fahrzeugdaten)
22 zum Beispiel über Fahrzeug-Kennzeichen-Erkennung digital bündeln,
- 23 • für Kontrollbehörden europaweit abrufbar sein,
- 24 • Medienbrüche und Sprachbarrieren beseitigen,
- 25 • Kontrollen beschleunigen und rechtssicher machen.

26 Bestehende Initiativen wie die eFTI-Verordnung sind dabei zu einer umfassenden,
27 praxistauglichen Lösung weiterzuentwickeln.

28 **3. Europäisches Netz sicherer und bedarfsgerechter Rastanlagen**

29 Die Europäische Union soll ein verbindliches Ausbauprogramm für sichere und
30 qualitativ hochwertige Lkw-Rastanlagen auflegen.

31 Dieses Netz muss:

- 32 • Ausreichend Kapazitäten entlang der Hauptverkehrsachsen sicherstellen,
- 33 • verbindliche Mindeststandards erfüllen (Sanitäranlagen, Sicherheit, Beleuchtung,
34 Verpflegung, Hotelanlagen für Wochenruhezeiten),
- 35 • auch die besonderen Bedürfnisse von Fahrerinnen berücksichtigen
- 36 • digitale Systeme zur Anzeige von Auslastung und zur Reservierung integrieren,

- bezahlbar und zugänglich sein.

4. Faire und praxistaugliche Regelung bei Parkplatzmangel

Es ist eine europaweit einheitliche Regelung zu schaffen, die verhindert, dass Fahrerinnen und Fahrer bei nachweisbarer Parkplatznot sanktioniert werden.

Im Artikel 12 VO (EG) 561/2006 ist dies bereits geregelt, jedoch in der Anwendung nicht konsequent durchgeführt. Gefährdung bleibt weiterhin bestehen. Daher ist sicherzustellen, dass:

- Voraussetzungen geschaffen werden um einen Überzug der Lenkzeit zu verhindern,
- digitale Nachweise (z. B. über Auslastungssysteme) berücksichtigt werden um im Ausnahmefall Fahrer:innen vor Sanktionen zu schützen,
- die Verkehrssicherheit dennoch gewahrt bleibt.

wenn nachweislich keine geeignete Parkmöglichkeit verfügbar war,

5. Weitere Harmonisierung zentraler Mindeststandards

Die EU-weite Angleichung zentraler Anforderungen ist weiter voranzutreiben, insbesondere bei:

- Mindestanforderungen an Ausstattung und Sicherheit im Fahrzeug,
- Qualifikations- und Ausbildungsstandards für Fahrerinnen und Fahrer,
- einheitlicher Anwendung bestehender Vorschriften zur Ladungssicherung.

Konsequente Durchsetzung von Mithaftung von Frachtführern.

Gute Arbeit im europäischen Straßengüterverkehr

Der europäische Straßengüterverkehr ist weiterhin von systematischem Lohn- und Sozialdumping geprägt. Komplexe Subunternehmerketten, Briefkastenfirmen und unzureichende Kontrollen führen dazu, dass Beschäftigte gegeneinander ausgespielt und die Rechte der Beschäftigten unterlaufen werden. Die wirtschaftlichen Vorteile dieser Praktiken konzentrieren sich bei Auftraggeber*innen und großen Logistikunternehmen, während die Kosten von den Beschäftigten getragen werden. Deshalb müssen europäische Regelungen nicht nur fairen Wettbewerb sichern, sondern die Verhandlungs- und Durchsetzungsmacht der Beschäftigten stärken.

Daraus ergeben sich für uns folgende Forderungen:

- Einführung einer umfassenden Auftraggeber*innen- und Generalunternehmer*innenhaftung entlang der gesamten Transportkette für Verstöße gegen Arbeits-, Sozial- und Mindestlohnstandards.
- Konsequente Bekämpfung von Briefkastenfirmen, Scheinselbstständigkeit und missbräuchlichen Subunternehmer*innenkonstruktionen.
- Deutliche Ausweitung der Kontrollkapazitäten der zuständigen Behörden auf nationaler und europäischer Ebene sowie wirksame grenzüberschreitende Rechtsdurchsetzung.
- Stärkung tarifvertraglicher Regelungen im europäischen Straßengüterverkehr. Öffentliche Aufträge sollen ausschließlich an Unternehmen vergeben werden, die tarifgebunden sind und hohe soziale Standards nachweisen.
- Ausbau der Rechte von Gewerkschaften und Arbeitnehmer*innenvertretungen zur grenzüberschreitenden Organisation und Beratung von Beschäftigten im

79 Straßengüterverkehr.

- 80 • Konsequente Durchsetzung von Arbeitszeit-, Ruhezeit- und
81 Arbeitsschutzvorschriften. Übermüdung und permanente Arbeitsverdichtung
82 gefährden nicht nur die Beschäftigten selbst, sondern auch die Sicherheit aller
83 Verkehrsteilnehmer*innen.

84 Nur wenn die Beschäftigten in der Branche bessere Möglichkeiten erhalten, ihre
85 Interessen kollektiv durchzusetzen, können die Ursachen des Sozialdumpings dauerhaft
86 beseitigt werden.

87

Antrag G 01: Reform der studentischen Krankenversicherung: Bildungsweg absichern, Leistungsgerechtigkeit schaffen

Antragsteller*in:	Jusos Sachsen
Sachgebiet:	G - Gesundheit

1 Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an den ASG-Bundesvorstand so
2 wie die SPD-Bundestagsfraktion weiterleiten:

3 Wir fordern, das System der Kranken- und Pflegeversicherung für Studierende
4 grundlegend zu reformieren. Ziel ist die Abschaffung regressiver Belastungen und
5 die Beseitigung struktureller Hürden, die Studierende in übermäßige
6 Erwerbsarbeit drängen oder finanziell existenzbedrohend benachteiligen.

7 Wir fordern konkret:

8 1. Anpassung der Familienversicherung: Bildungsweg statt Altersgrenze
9 Die Altersgrenze in der gesetzlichen Familienversicherung (derzeit 25.
10 Lebensjahr) wird gestrichen. Maßgeblich für den Anspruch ist künftig der Status
11 als ordentlich Studierende*r für die Dauer der Regelstudienzeit zuzüglich einer
12 Pufferzeit für das Erststudium (Bachelor und konsekutiver Master). Dies
13 verhindert die Bestrafung nicht-linearer Bildungsbiografien.

14 2. Einführung einer studentischen Gleitzone: Leistungsgerechtigkeit statt
15 „Beitrags-Fallbeil“
16 Der pauschale Beitrag zur studentischen Krankenversicherung (KVdS) wird durch
17 ein dynamisches Modell ersetzt:

- 18 • Lineare Gleitzone: Sobald die Familienversicherung endet, beginnt der
19 Beitrag mit einem niedrigen Einstiegssatz (z. B. 2 % des Einkommens) und
20 wächst linear an (analog zum Midijob-Bereich).
- 21 • Deckelung: Ab einer definierten Einkommenshöhe (z. B. 1.200 €) wird der
22 Beitrag auf dem Niveau der heutigen Pauschale gedeckelt, um
23 Besserverdienende nicht schlechter zu stellen als im Status Quo.
- 24 • Technische Umsetzung: Der Beitrag wird unbürokratisch im Quellenabzugsver-
25 fahren vom Arbeitgeber einbehalten und abgeführt. Er bleibt wirtschaftlich
26 eine Arbeitnehmerlast, um die Attraktivität von Werkstudierenden für
27 Arbeitgeber zu erhalten
28 .

29 3. Außerordentliches Rückkehrrecht: Beseitigung der „Beihilfe-Falle“

30 Die Unwiderruflichkeit der Befreiung von der Versicherungspflicht (§ 8 SGB V)
31 wird aufgehoben. Studierenden wird ein außerordentliches Rückkehrrecht in die
32 gesetzliche studentische Krankenversicherung (KVdS) eingeräumt, sofern die
33 Geschäftsgrundlage ihrer ursprünglichen Befreiung entfällt. Dies gilt
34 insbesondere, wenn der Anspruch auf Beihilfe durch die Aufnahme einer
35 Erwerbstätigkeit verloren geht oder signifikant gekürzt wird.

36 **I. Die Ausgangslage:** Ein System gegen die Leistungsträger von morgen

37 Das aktuelle System der studentischen Krankenversicherung stammt aus einer Zeit
38 linearer Biografien. Heute sind Erwerbsarbeit und Studium für die Mehrheit

untrennbar verbunden. Doch das Sozialrecht bestraft Leistung: Wer als Werkstudent die Minijob Grenze auch nur minimal überschreitet, verliert durch pauschale KV-Beiträge sofort ca. 150 € Nettoeinkommen. Wer als beihilfeberechtigtes Kind zu viel arbeitet, verliert den Schutz der Eltern und fällt in unbezahlbare private Tarife.

Die Folge ist eine ökonomisch unsinnige Drosselung der Arbeitszeit. Studierende arbeiten künstlich weniger, als sie könnten und wollten, nur um Versicherungsgrenzen nicht zu reißen. Das verlängert Studienzeiten und entzieht dem Arbeitsmarkt dringend benötigte Fachkräfte.

II. Die drei Säulen der Reform

Um diese Fehlanreize zu beseitigen, schlagen wir ein ineinandergreifendes Maßnahmenpaket vor:

1. Familienversicherung: Realität anerkennen

Die aktuelle Altersgrenze von 25 Jahren ignoriert Lebensrealitäten wie Freiwilligendienste oder längere Orientierungsphasen. Die Kopplung an den Bildungsweg (Erststudium) statt an das biologische Alter ist die einzig logische Konsequenz, um Studienabbrüche „auf den letzten Metern“ aus finanzieller Not zu verhindern.

2. Gleitzone: Leistung muss sich lohnen

Anstatt Geringverdiener mit dem vollen Pauschalbeitrag zu bestrafen, führen wir eine lineare Gleitzone ein. Durch einen sanften Einstieg (z. B. ab 2 %) lohnt sich jeder verdiente Euro. Dies beseitigt den „Netto-Einkommensknicke“ und macht moderate Arbeitsumfänge wieder attraktiv.

3. Rückkehrrecht: Einbahnstraße in die Solidarität

Privat versicherte Studierende (Beihilfe) riskieren aktuell bei Arbeitsaufnahme den Verlust ihres Beihilfeanspruchs und rutschen in teure Volltarife (200–400 €). Das geforderte außerordentliche Rückkehrrecht erlaubt ihnen den Wechsel in die solidarische studentische Versicherung (KVdS), sobald sie arbeiten. Dies ist kein „System-Hopping“, sondern eine fundamentale Statusentscheidung: Wer das Rückkehrrecht nutzt, wird reguläres Pflichtmitglied der GKV und verbleibt dort dauerhaft für das Studium. Ein taktischer Wechsel zurück in die PKV ist ausgeschlossen.

III. Das neue Sicherheitsnetz: Kalkulierbarkeit statt Kostenfalle

Die Reform schafft klare Verhältnisse auch für Zeiten ohne nennenswertes Einkommen:

- Für die Mehrheit (Eltern gesetzlich versichert): Dank der Abschaffung der Altersgrenze fallen diese Studierenden bei Jobverlust automatisch zurück in die kostenfreie Familienversicherung.
- Für die „Rückkehrer“ (Eltern privat versichert): Da ihre Eltern nicht in der GK sind, ist eine Familienversicherung systemisch ausgeschlossen. Sie verbleiben als reguläre Mitglieder in der KVdS.

Der Unterschied zum Status Quo: Statt starrer 150 € sinkt ihr Beitrag durch die neue Gleitzonen-Formel bei geringem Einkommen massiv ab. Zwar müssen sie diesen

(nun geringen) Beitrag selbst tragen, doch dies ist der legitime Preis für die gewonnene Sicherheit vor privaten Vollkostenbeiträgen. Das System wird berechenbar: Wer arbeitet, ist abgesichert, ohne sein finanzielles Überleben zu riskieren.

IV. Finanzierung: Investition statt Sanierung auf Kosten der Jüngsten

Einem häufigen Einwand – den potenziellen Mindereinnahmen der GKV durch die Gleitzone – setzen wir eine klare Haltung zur Generationengerechtigkeit entgegen. In einer alternden Gesellschaft ist es ein fatales Signal, das Solidarsystem ausgerechnet durch überproportionale Beiträge von Menschen in der Ausbildungsphase stützen zu wollen. Studierende sind in der Regel jung, gesund und keine Kostentreiber im Gesundheitssystem. Dass sie aktuell im unteren Einkommensbereich prozentual stärker belastet werden als Gutverdiener, ist keine legitime Finanzierungsquelle, sondern eine soziale Schieflage. Eine Entlastung dieser Gruppe ist kein „Geschenk“, sondern eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit. Jeder Euro, auf den die GKV bei unserer Reform durch Werkstudenten verzichtet, ist eine Investition in schnellere Studienabschlüsse und frühere Eintritte in voll sozialversicherungspflichtige Arbeit. Wir subventionieren Minijobs – es ist nur folgerichtig, auch den Übergang in substanzielle Erwerbsarbeit zu fördern, statt ihn zu Bestrafen.

V. Umsetzung: Digitalisierung statt Bürokratie

Die Einführung einer einkommensabhängigen Gleitzone erzeugt keinen relevanten bürokratischen Mehraufwand für Arbeitgeber.

- Etablierte Prozesse: Mit der Midijob-Regelung existiert bereits eine funktionierende Blaupause für gleitende Beiträge. Lohnabrechnungsprogramme (wie DATEV, SAP u.a.) führen diese Berechnungen längst vollautomatisch durch. Die „studentische Gleitzone“ ist technisch lediglich eine Anpassung der Berechnungsparameter in der Software, kein neuer Verwaltungsprozess.
- Automatisierung: Durch die Pflicht zur elektronischen Übermittlung (z. B. via SV- Meldeportal) entfällt händischer Rechenaufwand auch für Kleinbetriebe.
- Vorteil für Arbeitgeber: Der minimale einmalige Umstellungsaufwand wird durch den betriebswirtschaftlichen Nutzen überkompensiert: Arbeitgeber gewinnen flexiblere Werkstudenten, die ihre Schichten nicht mehr künstlich reduzieren müssen, weil das „Beitrags-Fallbeil“ abgeschafft ist.

Antrag G 02: Jugendpsychiatrische Erste-Hilfe-Stellen in jedem Landkreis

Antragsteller*in:	Jusos Sachsen
Sachgebiet:	G - Gesundheit

- 1 Psychische Erkrankungen bei Jugendlichen nehmen alarmierend zu. Laut einer
2 Studie der Techniker Krankenkasse (2023) leidet jede*r dritte junge Mensch (32
3 %) unter psychischen Belastungen wie Depressionen oder Angststörungen.
4 Gleichzeitig gibt es in Deutschland gravierende Versorgungsengpässe:
5 Laut Bundesministerium für Gesundheit (BMG, 2023) beträgt die Wartezeit auf
6 einen Therapieplatz bis zu sechs Monate. Bei mehr als einem Drittel sind es
7 sogar mehr als sechs Monate, die auf einen Therapieplatz warten müssen. Die
8 Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie (DGPPN, 2023) warnt, dass es keine
9 geeigneten Notfallstellen für Jugendliche in akuten psychischen Krisen gibt.
- 10 Gleichzeitig gibt es eine beträchtliche Anzahl an Therapeut*innen ohne
11 Kassenzulassung, deren Leistungen ausschließlich von Selbstzahler*innen und
12 privat versicherten übernommen oder im Einzelfall über das
13 Kostenerstattungsverfahren der gesetzlichen Krankenkassen abgerechnet werden
14 können.
- 15 In Notfällen landen Betroffene meist in allgemeinen Notaufnahmen, die auf
16 psychische Krisen nicht ausgelegt sind.
- 17 Das führt dazu, dass Jugendliche mit akuten Krisen keine schnelle Hilfe erhalten
18 und oft erst in einer psychiatrischen Klinik aufgenommen werden, wenn es zu spät
19 ist. Um langfristige negative Folgen wie Arbeitsunfähigkeit, Folgeerkrankungen
20 oder sogar Suizid zu verhindern, muss die gesundheitliche Infrastruktur im
21 Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie und - psychotherapie ausgebaut werden.
- 22 Pilotprojekte in anderen Regionen Deutschlands und auch im Ausland zeigen, dass
23 niedrigschwellige Krisendienste funktionieren und langfristig die Gesundheit
24 junger Menschen gesichert ist. Zusätzlich würde das weitere psychosoziale und
25 medizinische Dienstleistungen entlasten, die aber keine direkte Akutversorgung
26 ermöglichen, wie bspw. Krisentelefone.
- 27 ~~Wir fordern die Einrichtung von "Jugendpsychiatrischen Erste-Hilfe-Stellen" in~~
28 ~~jedem Landkreis. Diese sollen:~~
- 29 Aus diesem Grund fordern wir bis 2035 den Ausbau von Angeboten zur Versorgung
30 psychischer und psychosozialer Anliegen von Kinder und Jugendlichen in jedem
31 Landkreis. Diese sollen wie folgt ausschauen:
- 32 • Erhöhung der vorhandenen therapeutischen Kassenplätze und Ausbau von
33 Online-Therapieangeboten besonders dort, wo es zu Versorgungsengpässen kommt.
34 Dies ist bereits auf Landesebene, z. B. in NRW, durch die Nutzung von § 103 SGB
35 V (Absatz 2 Satz 4) geschehen und soll auch in Sachsen so genutzt werden.
 - 36 • Investitionen in Kinder- und Jugendpsychiatrien, 24 Stunden Hotlines/Chats
37 und Beratungstellen anstatt kostenspielige parallel Angebote.

- **Wo es umsetzbar ist sollen diese Angebote so niedrigschwellig erreichbar sein wie es das Angebot zulässt– möglichst ohne Überweisung, Wartezeiten, extra Kosten oder Zustimmung der Eltern. Die Autonomie von Kindern und Jugendlichen gesundheitliche Unterstützung wahrzunehmen soll gefördert und erleichtert werden.**

- **Schulen sollen als Ort der Aufklärung über psychosoziale Krisen diesen, als auch über Unterstützungsangebote informieren.**

- **tägliche verfügbar sein mit Fachkräften aus Jugendpsychologie und Sozialarbeit.**

Angesichts der Tatsache, dass die wirtschaftlichen Schäden durch unbehandelte psychische Erkrankungen die Kosten ihrer Behandlung deutlich übersteigen, stellt der Kostenaspekt kein stichhaltiges Argument gegen eine umfassende Versorgung dar.

So machte die Hans-Böckler-Stiftung bereits 2011 darauf aufmerksam, dass arbeitsbedingte psychische Belastungen Kosten von über 30 Milliarden Euro pro Jahr verursachen. Zusätzlich würden langfristig Krankenkassenbeiträge steigen, wenn psychische Erkrankungen langfristig mit sich rumgetragen werden und erst in Zukunft behandelt werden. Aus diesem Grund ist es umso wichtiger, dass psychische Probleme im jungen Alter rechtzeitig behandelt werden.

- **Akutversorgung bieten, ähnlich wie Notaufnahmen, aber für psychische Krisen.**

Deshalb muss die Finanzierung dieses Bereiches der gesundheitlichen Infrastruktur in den kommenden Jahren ausgebaut und gesichert werden. Zusätzlich zur finanziellen Unterstützung sollte auch geprüft werden, inwieweit eine Kooperation mit freien Trägern, Kommunen und Landkreisen sinnvoll und möglich ist. Zum anderen soll der sächsische Landtag in einem Zeitraum von 10 Jahren eine Milliarde Euro für den Ausbau existierender Strukturen verplanen.

Ebenso wichtig ist es, den langfristigen Bedarf an qualifizierten Fachkräften – insbesondere im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie – zu decken. Dies kann zum einen erreicht werden, indem die Anzahl der Studienplätze erhöht wird. Zum anderen sollen finanzielle Anreize geschaffen werden, um Menschen zu ermutigen, sich für die Kinder- und Jugendpsychiatrie zu entscheiden. Dies kann durch eine Kostenübernahme des Freistaates Sachsen geschehen, oder durch ein Modell ähnlich dem des BAföG, nur Elternunabhängig und mit weniger Hürden.

Aus diesem Grund fordern wir:

- **Eine Erhöhung des Haushalts für Gesundheit um die Kosten der Maßnahmen zu**

finanzieren

74

- 75 • Eine Evaluation der Möglichkeit zur Umsetzung in Kooperation mit freien
und öffentlichen Trägern

76

- 77 • Kostenfrei und anonym sein, um Hemmschwellen abzubauen.
78 • Den Ausbau der der Ausbildungsmöglichkeiten für angehende Psycholog*innen
und Psychiater*innen, um den Bedarf auf ein ausreichendes Maß zu
79 gewährleisten.

80

- 81 • Damit einhergehend auch die Kostenübernahme der Ausbildung von angehenden
Psychotherapeut*innen.

82

- 83 • Finanzielle Förderungen für angehende Kinder-und Jugendtherapeuten
insbesondere wenn sich diese entscheiden in einer Bedarfsregion zu
84 arbeiten, ähnlich wie die Landartzförderung .

85